

BUNDESPOLIZEI kompakt

Zeitschrift der Bundespolizei
ISSN 2190-6718

41. Jahrgang
2-2014



Das Ermittlungsverfahren Palace

Wie die Bundespolizei die Organisierte Kriminalität bekämpft



In- & Ausland

Hinter den Kulissen des ersten
Bundespolizei-„Tatorts“

Seite 11

Personal & Haushalt

Mobbing – wenn die Arbeit zur
seelischen Qual wird

Seite 25

Portrait

Hamburg: Ein Großstadtermittler
berichtet

Seite 29

Inhalt



Foto: Bundespolizei

Personenschutz Ausland

Ob Kabul, Bagdad oder Tripolis: Auftrag der Personenschützer der Bundespolizei ist es, die Sicherheit der deutschen Botschafter zu gewährleisten.

Seite 16



Foto: Rudolf Höser

Seelsorge: Licht im Herzen

Wenn die schwerste Stunde des Lebens schlägt, hilft der Bundespolizei-Seelsorger Pater Gabriel, den verloren geglaubten Halt wiederzufinden.

Seite 32



Foto: Bundespolizei

Nicht nur Flyer und Visitenkarten

Die Fachinformations- und Medienstelle der Bundespolizei hat unterschiedlichste Aufgaben und steht als Serviceleister für alle Dienststellen der Bundespolizei zur Verfügung.

Seite 38

■ Titelthema

- Das Ermittlungsverfahren Palace 4
- Kommentar 10

■ In- & Ausland

- Hinter den Kulissen des ersten Bundespolizei-„Tatorts“ 11
- Interview mit Wotan Wilke Möhring 14
- Personenschutz Ausland der Bundespolizei. 16
- Die Außenansicht 20
- Damals 21

■ Personal & Haushalt

- Mobbing – wenn die Arbeit zur seelischen Qual wird 25
- 5 Fragen an 28

■ Portrait

- Hamburg: Ein Großstadtermittler berichtet 29

■ Recht & Wissen

- Licht im Herzen 32
- Ordnung schafft Zeit. 36

■ Technik & Logistik

- Nicht nur Flyer und Visitenkarten – die FIMST BPOL 38

■ Leserbrief

- 42

■ Zu guter Letzt

- Die Bundespolizei beim Deutschen Präventionstag. 43

Impressum

Herausgeber

Bundespolizeipräsidium

Redaktion

Ivo Priebe (V.i.S.d.P.),
Anja Voss, Marcus Bindermann,
Fabian Hüppe, Nathalie Lumpé,
Christian Then, Rudolf Höser,
Daniela Scholz, Ulrike Wulf, Kurt Lachnit,
Torsten Tiedemann, Thomas Borowik,
Thorsten Völlmecke, Frank Riedel,
Christian Altenhofen, Torsten Tamm,
Maik Lewerenz

Anschrift

Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

Telefon

0331 97997-9405

Telefax

0331 97997-9411

E-Mail

redaktion.kompakt@polizei.bund.de

Intranet Bundespolizei

kompakt.polizei.bund.de

Internet

bundespolizei.de/kompakt

Layout & Satz

Mandy Deborah Zutz,
Fachinformations- und Medienstelle
der Bundespolizei

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Auflage

10 500

Erscheinung

6-mal jährlich

Wir danken allen Beteiligten für ihre Mitarbeit. Für den Inhalt der Beiträge sind grundsätzlich die Verfasser verantwortlich.

Alle Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck und Vervielfältigung außerhalb der Bundespolizei nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf Datenträgern. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge und Leserbriefe zu kürzen.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe

21. März 2014

Titelbild

Walter Sprenz



Foto: Bundespolizei

Liebe Leserinnen und Leser,

wer kennt sie nicht, die berühmten Ermittler aus Kino, Fernsehen und Literatur? Der Kampf Polizei gegen Kriminelle – Gut gegen Böse – zieht Millionen Zuschauer und Leser in seinen Bann.

Seit Start der deutschen Kultkrimireihe „Tatort“ im Jahr 1970 löst nun erstmals ein Ermittlerduo der Bundespolizei am Sonntagabend vor einem Millionenpublikum seinen Fall. Die Premiere des „Tatorts“, „Kaltstart“ mit den Ermittlern Falke und Lorenz ist für den 27. April 2014 geplant.

In dieser Ausgabe werfen wir einen Blick hinter die Kulissen des ersten „Bundespolizei-Tatorts“ und begleiten das Drehteam einen Tag lang am Set.

Sei es nun der „Tatort“ oder andere Kriminalgeschichten – mit der Realität hat die Arbeit der fiktiven Ermittler allerdings oft nur wenig zu tun. Bis der oder die Täter verurteilt sind, stehen nicht selten monatelange Schreibtischarbeit, wochenlange

Auswertungen von Telefonaten oder Observationen an – all das interessiert das abendliche Publikum eher wenig.

Für uns ein Grund, genauer hinzuschauen. Im Titelthema beschreiben wir ein Großverfahren vom ersten Aktenzeichen bis zur Verurteilung nach mehr als zweieinhalb Jahren.

Ein Interview mit einem „echten“ Ermittler aus Hamburg rundet das Thema ab.

Weiter beschäftigen wir uns in der aktuellen Ausgabe mit den Themen Personenschutz Ausland und Mobbing. Letzteres ein Phänomen, das gesellschaftlich schon lange diskutiert wird, aber dennoch seine Aktualität nicht verloren hat.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

Ihr Ivo Priebe
Redaktion Bundespolizei kompakt



Titelthema

Das Ermittlungsverfahren Palace: Wie die Bundespolizei die Organisierte Kriminalität bekämpft

Zur Bekämpfung schwerer Kriminalität führen die Bundespolizeiinspektionen Kriminalitätsbekämpfung komplexe Ermittlungsverfahren (EV), die meist mit einem hohen Zeit- und Ressourcenaufwand verbunden sind. Exemplarisch berichtet die Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung Flughafen Frankfurt/Main über ein unter dem Arbeitsnamen „EV Palace“ geführtes Verfahren und zeigt dabei auf, wie sich aus einer scheinbar kleinen Urkundenfälschung ein sogenanntes OK-Verfahren (Organisierte Kriminalität) entwickelt und zeitweise dutzende Ermittler deutschlandweit beschäftigt.



Unter dem Deckmantel dieses Restaurants im rheinland-pfälzischen Koblenz agierte die litauisch-indisch-pakistanische Kooperation.

zu erzählen hat. Unter anderem erfahren wir, wo er den litauischen Pass her hat und vor allem, dass sein Helfer auf demselben Flug gebucht ist. Noch bevor der Flieger abheben kann, ist der Begleiter gestellt und zur Wache gebracht. Dort beginnen zwei Ermittler der Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung (KB) eine wilde und zu Beginn eher unglaublich erscheinende Geschichte niederzuschreiben.

Die Einlassung handelt von einer litauisch-indisch-pakistanischen Kooperation, die sich gebildet habe, um einwanderungswillige oder unerlaubt aufhältige Inder, Pakistani oder Bangladeschis zu EU-Bürgern zu machen, litauische Studentenvisa zu erschleichen oder Scheinehen für einen Daueraufenthalt zu vermitteln. Den Vernehmungsbeamten wird klar, dass der ihnen gegenüber sitzende Inder aus diesem System ausgegrenzt wurde. Er wollte gemeinsam mit den anderen an diesem Geschäft teilhaben, indem er die „Legalisierten“ als Spezialitätenköche an Restaurants vermittelt, um dafür eine Provision zu kassieren. Dabei hatte er jedoch die Hierarchie innerhalb der Gruppe nicht respektiert. Sein Versuch, direkt mit der Quelle für gefälschte Dokumente in Litauen zu verhandeln, flog auf, und so sitzt nun ein Mann vor den Ermittlern, der die Motivation und die Gelegenheit dazu hat, den ganzen Ring aufzuliegen zu lassen.

Dieser verfälschte litauische Reisepass fiel einem aufmerksamen Beamten in der Ausreisekontrolle am Frankfurter Flughafen auf. Die Einlassung des Besitzers führte schließlich zu dem Großverfahren „EV Palace“.

Alles beginnt wie so häufig mit einem Zufall und glücklichen Umständen. Am 20. November 2010 fällt ein Mann mit einem verfälschten litauischen Reisepass bei der grenzpolizeilichen Ausreisekontrolle am Rhein-Main-Flughafen auf. Wie sich herausstellen wird, handelt es sich

bei dem Reisenden eigentlich um einen indischen Staatsangehörigen, der als „Spezialitätenkoch“ in einem Restaurant im Main-Taunus-Kreis arbeitet. Als Litauer und damit als Bürger der EU stellt er sich aufenthaltsrechtlich deutlich besser als ein zuwanderungswilliger Inder. Auf den ersten Blick ein alltäglicher Fall für die Bundespolizei. Wäre da nicht die Geschichte, die der heute 43-Jährige



Foto: Bundespolizei

Den Ermittlungsbeamten der KB kostet es drei Stunden, die ganze Aussage festzuhalten, zu übersetzen und schließlich eine Unterschrift unter das Protokoll zu bekommen. Als Ermittlungsbeamter muss man auch in solchen Fällen gut zuhören, die richtigen Fragen stellen und innerhalb der Vernehmung einige überprüfbare Fakten festhalten können. Lügen gehört zum Geschäft der „Klientel“ und angelogen zu werden ist dabei Teil des „professionellen Berufsverständnisses“.

Die operative Auswertung übernimmt

Die operative Auswertung überprüft die vorhandenen Informationen auf ihre Richtigkeit beziehungsweise Schlüssigkeit. Im laufenden Fall führen diese Informationsverdichtungen zu einigen nachprüfbar Fakten. Die vom Inder genannten Personen existieren und leben an den von dem Beschuldigten aus Singen angegebenen Orten.

Um die Spur nach Litauen nachverfolgen zu können, wird internationale Hilfe benötigt. Der Kanal über Interpol oder Europol ist längst eine alltägliche

Informationsquelle geworden. Die Einlassungen des Hinweisgebers deuten stark auf die Organisierte Kriminalität im Norden Europas hin. Wir erhalten für unsere Anfragen einen eigenen Ansprechpartner bei der Polizei in Vilnius. Außerdem führt die Auswertung der Spur der Spezialitätenköche zu weiteren Personen, die auf ähnliche Weise legalisiert worden sein könnten. Alles sieht vielversprechend aus.

Der Schritt zur Staatsanwaltschaft

Der Sachverhalt steht zunächst einmal fest. Die Tatverdächtigen – der indische Staatsangehörige aus Singen, ein Gastronom aus Koblenz und ein Schnellimbiss-Betreiber aus Halle (Saale) – stehen im Verdacht, gemeinsam und arbeitsteilig mit einem noch Unbekannten aus Kaunas, der zweitgrößten Stadt Litauens, schleusungswilligen Indern, Pakistanis und Bangladeschis litauische Studentenvisa zu erschleichen. Dabei wird eine Quelle an der Universität Kaunas genutzt, die gegen Bezahlung entsprechende Immatrikulationsbescheinigungen ausstellt. Auf diese werden dann die Visa durch die ahnungslose Botschaft erteilt. Die Ausländer reisen mit diesen

Visa über den Rhein-Main-Airport ein und bleiben dann in Deutschland. Sie erhalten für durchschnittlich 7 000 Euro einen litauischen Dokumentensatz mit ihrem Lichtbild, bestehend aus einem Reisepass, einer Identitätskarte und einem Führerschein. Die Dokumente werden in Litauen fertig gefälscht und geraten über Fahrer von Fernbussen nach Deutschland. In einem Restaurant in Koblenz werden sie schließlich dem Besteller übergeben. In puncto Informationen über Scheinehen sieht es zu diesem Zeitpunkt noch dünn aus, was sich aber noch maßgeblich ändern wird.

Mit diesem Sachstand werden wir bei der Staatsanwaltschaft Koblenz vorstellig, da das Restaurant in Koblenz anscheinend das Epizentrum dieses kriminellen Handelns darstellt. An dieser Stelle wird der Ermittlungsbeamte auch zum Verkäufer seines Produkts: Er hat die Beweislage zusammengestellt und einen umfangreichen Bericht gefertigt. Jetzt entscheidet der Staatsanwalt über das weitere Vorgehen. In diesem Fall überzeugen die vorgelegten Fakten. Die Staatsanwaltschaft entschließt sich zur Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) und längerfristigen Observation der Beschuldigten.

Der Kreis der Tatverdächtigen: Deepak M. (indischer Spezialitätenkoch aus Singen), Avinash K. (Gastronom aus Koblenz) und Nadeem M. (Schnellimbiss-Betreiber aus Halle)



Foto: Bundespolizei



Foto: Bundespolizei



Foto: Bundespolizei



Schnellrestaurants, wie dieses hier in Halle, gelten als ideale Fassade für kriminelle Aktivitäten im Bereich der Schleusungs- und Urkundenkriminalität. Bei der Durchsuchung dieses Schnellrestaurants konnten die Ermittler am 20. Dezember 2011 belastende Beweismittel auffinden.

2011 – das ganze Ausmaß wird langsam deutlich ...

Die TKÜ läuft ab Februar das gesamte Jahr 2011. Inzwischen ist klar, dass nicht nur einzelne Ausländer eingeschleust werden. Auch unerlaubt und legal aufhältige Ausländer, ja sogar Deutsche mit aberkannten Führerscheinen sind „Kunden“.

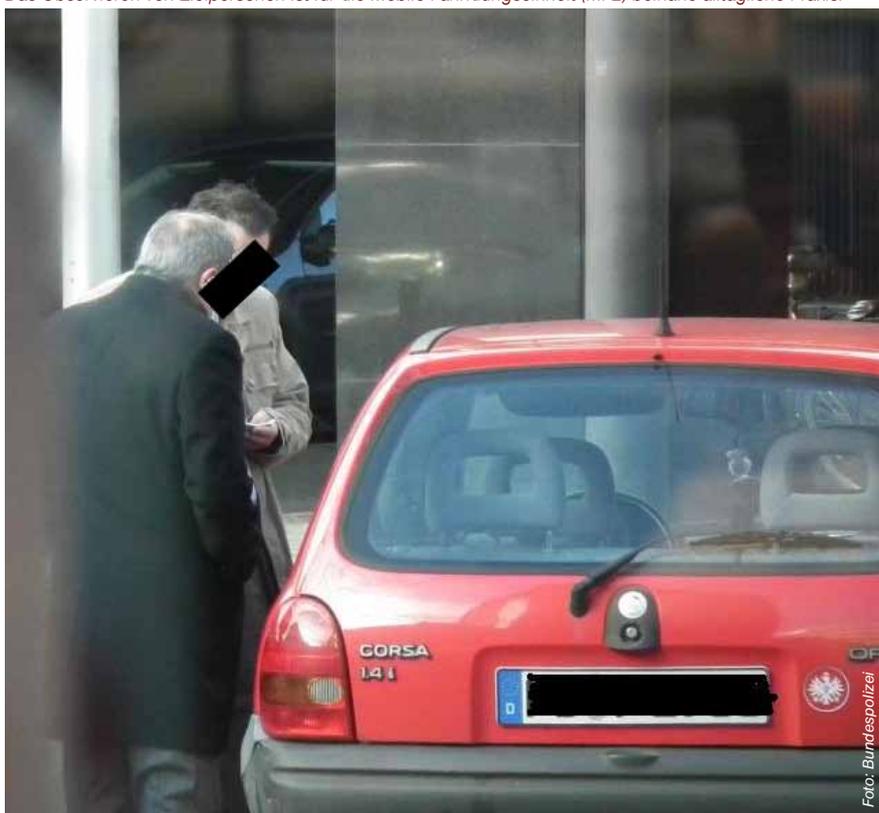
Tragischer ist der Komplex der Scheinehen, der erst mit der laufenden TKÜ ans Tageslicht kommt. Der Schnellimbiss-Betreiber aus Halle hat einige deutsche Frauen an der Hand, die bereit sind, Scheinehen einzugehen. Einige sind schon verheiratet oder leben in prekären Verhältnissen. Und leider bringen sie zum Teil ihre Kleinkinder mit „ins Spiel“, deren Vaterschaft als ungeklärt gilt. Die Anerkennung einer biologischen Vaterschaft für eines dieser Kinder führt nämlich bei den Ausländerbehörden im Regelfall zu einem Aufenthaltsrecht. Eine Tatbeteiligte ist selbst Teil einer Scheinehe. Für ihre beiden Kleinkinder erklärt sie wahrheitswidrig an Eides statt die Vaterschaft durch zwei weitere Ausländer, die daraufhin längerfristige Aufenthaltstitel erhalten. Dafür wurden ihr 20 000 Euro versprochen. Die spätere Durchsuchung

ihrer Wohnung zeigt, dass der versprochene Wohlstand in weiter Ferne liegt. Entweder stellten die Männer nach Erteilung der Aufenthaltserlaubnis ihre monatlichen Zahlungen ein oder alles Geld wurde für neue Fernseher oder andere elektronische Spielereien ausgegeben. Ein Gang durch eine solche Wohnung, ein Blick in die Augen der betroffenen Kinder gehört zu den traurigen Momenten unseres Berufs.

Es reicht – und zwar an allen Fronten!

Im Rahmen der laufenden Ermittlungen hat sich ein stattlicher Berg an Beweis- und Verfahrensordnern angesammelt, die eine ganze Schrankwand füllen. Sobald die Schließung einer Scheinehe bekannt wird, sobald eine Ausländerbehörde eine Terminvereinbarung bestätigt, gilt es schnell zu sein. Die Kollegen der

Das Observieren von Zielpersonen ist für die Mobile Fahndungseinheit (MFE) beinahe alltägliche Praxis.



KB in Halle kennen Teile des Sachverhalts inzwischen genauso gut wie wir. Ihre Mobile Fahndungseinheit (MFE) leistet unschätzbare Dienste bei der Dokumentation einzelner Ortstermine. Inzwischen arbeiten allein bei der KB am Frankfurter Flughafen sechs Ermittler sieben Tage die Woche an diesem Komplex.

Die offene Phase wird vorbereitet, es muss viel geplant und noch mehr geschrieben werden. Die „offene Phase“ ist das, was treffender als gezielte Aktion zur Vollstreckung von Haftbefehlen und Durchsuchungsbeschlüssen bezeichnet werden sollte. Wir entschließen uns, in zwei Phasen zunächst 28 Durchsuchungsbeschlüsse bundesweit sowie die Haftbefehle gegen die Beschuldigten in Koblenz und Halle zu vollstrecken.

Auch die Verbindung nach Kaunas/Litauen konnten wir zwischenzeitlich weiter verdichten und die Beschaffung von Falsifikaten belegen.

Der Tag der Wahrheit

Damit der Einsatz Erfolg hat, müssen viele Voraussetzungen stimmen: Beispielsweise muss der Aufenthaltsort der Beschuldigten für den Zugriff bekannt sein und Einsatzkräfte der Bundesbereitschaftspolizei müssen bereitstehen. Mehr als einmal musste das Szenario bereits verschoben werden. Wir nutzen die Ressourcen der Bundesbereitschaftspolizei gerne und regelmäßig. Sie leistet hervorragende Arbeit und ohne sie ließen sich Einsätze wie diese nicht stemmen.

Am Abend des 19. Dezembers 2011 bringen wir die Abläufe in Gang und vollstrecken zunächst die Durchsuchungsbeschlüsse in Koblenz. Dabei finden wir auch gefälschte litauische Dokumentensätze.

Am frühen Morgen des Folgetages schlagen dann die mehr als hundert Einsatzkräfte bundesweit zu. Der Beschuldigte in Halle geht dabei unserer

MFE ins Netz. Ein kräftezehrender Tag geht zu Ende. Das Verfahren kam um ein großes Stück voran. Dank der Unterstützung des Bundespolizei-Flugdienstes gelingt es, den Beschuldigten aus Halle zeitgerecht zum Ermittlungsrichter nach Koblenz zu bringen. Von dort geht es für ihn direkt in die Justizvollzugsanstalt, wo sein Komplize aus Koblenz schon die zweite Nacht verbringt.

Weiter, immer weiter ...

Die zweite Phase läuft im Februar 2012 an, noch einmal sind bundesweit 14 Objekte zu durchsuchen. Einzelne Dienststellen entwickeln bereits eine gewisse Routine in der Unterstützung unserer Ermittlungen. Die Zusammenarbeit ist immer konstruktiv und professionell. Es sind solche Augenblicke, die stolz machen, in einer Bundespolizei zu arbeiten, die solche Herausforderungen gemeinsam bewältigen kann.

Sorgen macht uns dagegen die Dokumentenquelle in Litauen. Wir wissen nicht so recht, wie wir diesen Beteiligten dingfest machen sollen. Auch die Polizei in Vilnius scheint nicht weiterzukommen. In der Zwischenzeit läuft die Anklagevorbereitung, alles andere muss jetzt erst einmal warten. Die Zusammenarbeit mit den Koblenzer Justizbehörden läuft vertrauensvoll und gut – auch ein Zeichen für eine akzeptierte Ermittlungsarbeit durch die Bundespolizei.

Im Namen des Volkes

Ende des Jahres 2012 ist es so weit. Die Staatsanwaltschaft erhebt Anklage vor dem Landgericht Koblenz. Im Wesentlichen lautet die An-

Der Flugdienst der Bundespolizei gewährte eine schnelle Überstellung des Beschuldigten (schwarze Jacke) von Halle nach Koblenz.





Foto: Bundespolizei

Im Februar 2012 durchsuchten Einsatzkräfte noch einmal 14 Objekte bundesweit, darunter auch diese Wohnung.

Klage auf das gewerbs- und bandenmäßige Einschleusen von Ausländern und das gewerbsmäßige Verschaffen falscher amtlicher Ausweise.

Für den Schnellimbiss-Betreiber aus Halle ist die Sachlage schon länger klar. Er gesteht die vorgeworfenen Fälle und wird zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Der Mann aus Singen, der alles durch seine Aussage am Frankfurter Flughafen angestoßen hatte, erhält für seine Tatbeteiligung eine Bewährungsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten. Der Angeklagte aus Koblenz ist dagegen weniger zugänglich. Erst nach 20 Verhandlungstagen wird er im Juni 2013 zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und drei Monaten verurteilt.

Zu diesem Zeitpunkt kommen gute Nachrichten aus Litauen. Die Ermittlungsbehörden haben nochmals alle Aufenthaltsorte überprüft und konnten dabei die „Quelle“ der litauischen Dokumente festnehmen. Am 20. Juni 2013 wird der 47-Jährige Litauer nach Deutschland ausgeliefert und im

November 2013 zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und drei Monaten verurteilt.

Nach dem Verfahren ist vor dem Verfahren

Die Ermittlungsgruppe, die diesen Verfahrenskomplex bearbeitet hat,



Foto: Bundespolizei

Normantas S., die Quelle der litauischen Dokumente, wurde im November 2013 zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und drei Monaten verurteilt.

Organisierte Kriminalität

Organisierte Kriminalität ist die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, wenn mehr als zwei Beteiligte auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig

- unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen,
- unter Anwendung von Gewalt oder anderen Einschüchterungen geeigneter Mittel oder
- unter Einflussnahme auf Politik, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft zusammenwirken.

ist inzwischen wieder auseinandergegangen. Der Abschluss eines Verfahrens ist nicht mehr als der Startschuss für das nächste. Vorher sind Überstunden abzubauen und wer kann, besucht jetzt einen Lehrgang. Eine Fortbildung wird nämlich während eines laufenden Verfahrens wieder nahezu unmöglich sein. Gerade teilt die Inspektion mit, dass man einen im Grunde alltäglichen Fall aufgegriffen habe. Er weist jedoch einige interessante Besonderheiten auf, die man intensiver betrachten sollte. Vielleicht ist schon das der Beginn eines neuen Verfahrens für die KB ...

*Dietmar Muschner,
Christian Altenhofen*

Kommentar

Verhaftet in Klischees

10

Ein Ermittler ist immer kontrovers. Wer keinen persönlich kennt, der greife zu einem beliebigen Beispiel aus der Literatur oder aus dem Film. Es gibt da jede Menge zwielichtige Typen, die Verbrecher jagen, dabei unterschiedlichste Klischees bedienen und immer irgendwo anecken.

Selbst der scheinbar makellose Sherlock Holmes neigt hin und wieder dazu, Gesetze zu brechen, wenn seine eigene Moral den staatlichen Normen widerspricht. Der brillante Analytiker macht dann sogar vor einer Strafvereitelung nicht Halt und lässt eine Mörderin entkommen! Außerdem ist der Engländer ein Junkie, der gerne mal Morphium oder Kokain zu sich nimmt – aus purer Langeweile!

Hercule Poirots superaktive graue Zellen lassen zwar kein Verbrechen unaufgeklärt. Doch die Figur ist mit egozentrischen Charakterzügen ausgestattet, die man nur mit viel Wohlwollen nicht als Überheblichkeit beschreiben möchte. Der schlaue Belgier ist zudem ein Pedant, wie er im Buche steht. Außerdem hat er sich auf eine Romanze mit einer kleinkriminellen Russin eingelassen. Anrühlich, pfui!

Eine eher seltene Erscheinung unter den Hobbydetektiven ist Miss Marple. Auf den ersten Blick mag sie zwar keine so scharfen Ecken und Kanten haben wie Holmes oder Poirot. Die neugierige, schrullige alte Jungfer scheint dafür keine anderen Lebensfreuden zu kennen als Stricken. Wie

langweilig! Obskur ist auch, dass sie so gerne Halffingerhandschuhe trägt. Niemand weiß, warum. Sie wird doch keinem Fetisch verfallen sein. Oder?

Dann sind da noch solche Gestalten wie Inspektor Juve – urkomisch und tragisch zugleich. Fantômas schafft es beinahe jedes Mal, ihn wie einen Trottel aussehen zu lassen. Das Mitleid mit dem Franzosen, der so energisch wie erfolglos gegen das Böse kämpft, hält sich dennoch in Grenzen. Der Choleriker beherrscht das genussvolle Drangsalieren seiner Mitarbeiter genauso perfekt wie widerliches Schleimen, wenn er vor seinem Chef steht – Pardon: kriecht. Igitt!

Der amerikanische Inspektor Columbo ist ein hochintelligenter Sonderling. Seinen zerknitterten Mantel wäscht er bestimmt genauso oft, wie er sich kämmt oder ein neues Auto kauft – nämlich nie. Dienstvorschriften zur Schießfortbildung ignoriert er mit so viel Einfallsreichtum und Ausdauer, dass die Einsatztrainer des Los Angeles Police Departments bestimmt einer nach dem anderen arbeitslos werden. Columbos Erfolgsrezept: Er tut gerne so, als ob er begriffsstutzig wäre und kann lästig sein wie ein Pickel im Gesicht. Seine Fälle löst er mit Finten, die kein deutsches Gericht durchgehen lassen würde.

Skandinaviern sagt man nach, sie hätten oft Probleme mit dem Alkohol. Auch Kurt Wallander genießt zu viel davon. Ob er dies wegen der Scheidung tut oder seine Midlife-Crisis im

Hochprozentigen ertränken möchte, wissen wir nicht. Wir sehen nur, dass der Schwede im Dienst fast alles in den Griff bekommt – sein eigenes Leben aber kaum.

Diese Aufzählung ließe sich noch lange fortsetzen. Auch hierzulande fehlt es nicht an ambivalenten Ermittlerfiguren: Derrick, Schimanski, Matula, der Bulle von Tölz, Klufftinger, die Rosenheim-Cops ... In Wahrheit dürften wohl all diese fiktiven Charaktere eine in der realen Welt sehr häufige Erfahrung bestätigen: Am liebsten hat man mit den Schnüfflern nichts zu tun. Zumindest solange man nicht auf ihre Hilfe angewiesen ist.

Thomas Borowik



Foto: Foto-Studio Strauß, Altlötting

Der Autor (45) ist Pressesprecher der Bundespolizeidirektion München. Der dienstälteste kompakt-Redakteur greift in seiner Kolumne die polarisierenden Aspekte des jeweiligen Titelthemas auf.

In- & Ausland



Hinter den Kulissen des ersten Bundespolizei-„Tatorts“

Der „Tatort“ ist die beliebteste Krimireihe im deutschen Fernsehen. Für rund zwölf Millionen Zuschauer gehört er fest zum sonntäglichen Abendprogramm. Seit der ersten Ausstrahlung 1970 stellten die TV-Ermittler Kriminalbeamte der Landeskriminalämter dar. Die Bundespolizei tauchte dabei bisher – wenn überhaupt – nur am Rande auf. Doch das wird sich jetzt ändern! Der Norddeutsche Rundfunk dreht derzeit eine neue „Tatort“-Reihe, bei der die Hauptdarsteller als Bundespolizisten auf Verbrecherjagd gehen. Für die **kompakt** berichtet Sandra Perlebach über die Dreharbeiten zum ersten Bundespolizei-„Tatort“.

Anfang

Im letzten Jahres meldeten sich zwei Autoren der ARD bei der Pressestelle der Bundespolizeidirektion Hannover. Sie waren auf der Suche nach neuen Ideen für die „Tatort“-Reihe. Mein Kollege Thorsten Völlmecke witterte damals die Chance und vereinbarte ein persönliches Treffen. Bei diesem mehrstündigen Gespräch gelang es, die Autoren davon zu überzeugen, dass die Bundes-

polizei genug Potenzial für ein eigenes Ermittlerteam bietet. Die Grundlage für den ersten Bundespolizei-„Tatort“ war geschaffen und die Autoren begannen, ein Drehbuch zu schreiben.

Die mit Filmpreisen ausgezeichneten Schauspieler Wotan Wilke Möhring und Petra Schmidt-Schaller werden ab April 2014 – alias Thorsten Falke und Katharina Lorenz – das erste Ermittlerteam der Bundespolizei sein.

Monate später lud mich der Norddeutsche Rundfunk dazu ein, die Dreharbeiten für den ersten Bundespolizei-„Tatort“ einen Vormittag lang zu begleiten und hinter die Kulissen zu schauen.

Der Drehtag

Am 12. November 2013 ist es endlich so weit. Heute werden Szenen in

einer verlassenen Schule in Wilhelms-
haven gedreht und ich bin mit Petra
Schmidt-Schaller und Wotan Wilke
Möhring verabredet. Kurz vor 9 Uhr
parke ich vor der Schule. Der Himmel
ist grau und es regnet unentwegt, ein
typisch norddeutscher Novembertag.

Auf dem Weg zum Haupteingang
ist es schon deutlich zu erkennen:
Hier wird gedreht. An der Glasfas-
sade der alten Sporthalle stehen
vier riesige Scheinwerfer. Sie sollen
das Tageslicht in der provisorischen
Einsatzzentrale simulieren, erfahre
ich später. Im Gebäude herrscht auf
den ersten Blick gähnende Leere und
absolute Ruhe. Nach anfänglichen
Zweifeln, ob ich hier wirklich richtig
bin, entdecke ich einen Wegweiser
zum „Produktionsbüro“. Nach etlichen
Türen und langen Fluren stehe ich di-
rekt vor einem alten Klassenraum, der
nur durch ein weißes Blatt Papier mit

dem Aufdruck „Produktionsbüro“ als
solcher gekennzeichnet ist: ein großer
Raum im kalten Neonlicht, in dem le-
diglich zwei Schreibtische stehen. Die
Wände sind mit jeder Menge Ablauf-
plänen und Zetteln tapeziert. Freund-
lich werde ich von einer Mitarbeiterin
begrüßt, die bereits auf mich gewartet
hat. Nach einem kurzen Smalltalk
begleitet sie mich zum Set in der alten
Sporthalle. Auf dem Weg dorthin
kommen wir an einem Masken- und
Garderobenmobil, an Wohnmobilen
für die Schauspieler, an Lichtwagen,
einem Kamerabus, vielen verschiede-
nen Spezialfahrzeugen und an einem
Requisitenfahrzeug vorbei.

Eine Sporthalle als Einsatzzentrale

In der Sporthalle stellt sich mir eine
Dame der Requisite vor. Sie interes-

siert sich sehr für meine Uniform,
insbesondere für die RückenKenn-
zeichnung. Sie wirkt fast ein wenig
enttäuscht, dass da tatsächlich nur
POLIZEI und nicht BUNDESPOLIZEI
draufsteht. Von oben bis unten werde
ich gemustert und begutachtet, inwie-
weit meine Uniform möglicherweise
von den im Film verwendeten Uni-
formen abweicht.

Um mich herum herrscht ein reges
Treiben. Es wird gerade eine Szene
vorbereitet, die gleich gedreht werden
soll. Als mich die Produktionsleitung
erkennt, werde ich sofort allen
Anwesenden vorgestellt, und mein
Angebot, für Fragen rund um die
Bundespolizei gerne bereitzustehen,
stößt auf großes Interesse. Viel Zeit
zum Unterhalten haben die Filmleute
aber nicht und machen sich gleich
wieder an ihre Arbeit. Der enorme
Zeitdruck am Set ist selbst für eine

Während sich die Technik neu abstimmt, haben Möhring und Schmidt-Schaller mal einen Moment für sich.





Der „Tatort“ und die Bundespolizei: Sandra Perlebach, Pressesprecherin der Bundespolizeidirektion Hannover und Autorin dieses Artikels, durfte einen Tag lang die Dreharbeiten hinter den Kulissen begleiten und traf dabei Wotan Wilke Möhring und Petra Schmidt-Schaller.

Außenstehende sofort spürbar. Umso mehr freue ich mich dabei sein zu können, wenn Wotan Wilke Möhring und Petra Schmidt-Schaller für den ersten „Tatort“ der Bundespolizei drehen. Die beiden werden gegen Menschenhändler, Drogenkuriere und Waffenschieber in und rund um Hamburg ermitteln.

„Film ab“

In der alten Sporthalle werden heute Szenen, die in der provisorischen Einsatzzentrale der Bundespolizei für den Film spielen sollen, gedreht. Dazu wurden Schreibtische mit Monitoren, auf denen Suchmasken von fiktiven Vorgangsbearbeitungssystemen zu sehen sind, aufgebaut. Auf einem anderen Bildschirm sind Videobilder zu sehen. Neben den Tischen stehen Stellwände, an denen Karten, Fotos und Schriftstücke hängen.

Etwa 30 Filmleute befinden sich in der Halle und arbeiten absolut

konzentriert. In der Mitte sitzt der Kameramann auf seinem Wagen und wird von seinem Assistenten langsam bewegt, bis die richtige Position gefunden ist. Ohne größere Pausen wird geprobt und gedreht. Es wird geschminkt, Gegenstände werden verschoben, die Szene aus einer anderen Perspektive erneut gedreht. Irgendwann ist eine Stimme hinter einem Monitor zu hören: „Okay, wir haben's!“ Der Regisseur Marvin Kern ist offenbar zufrieden. Der Umbau für die nächste Szene kann beginnen.

In einer der Umbaupausen werde ich von Petra Schmidt-Schaller und Wotan Wilke Möhring begrüßt. Wir unterhalten uns kurz, und die beiden nehmen sich sogar Zeit für ein gemeinsames Foto. Doch schon müssen sie wieder vor die Kamera. Alles ist straff organisiert. Für den Dreh eines „Tatorts“ sind 22 bis 23 Tage vorgesehen. Pro Drehtag werden durchschnittlich also etwa drei bis fünf Minuten aufgenommen. Der Schnitt des Filmmaterials bean-

sprucht anschließend noch vier bis fünf Wochen.

Beim Dreh der nächsten Szene stelle ich mich hinter den Regisseur und blicke ihm über die Schulter. Ich kann so die Bilder, die der Kameramann aufzeichnet, auf dem Monitor sehen. Es ist faszinierend zu beobachten, wie sich durch die Kameraperspektive die Szene ganz anders darstellt: Mit bloßem Auge betrachtet ist es nur eine Sporthalle mit Tischen und Stühlen, auf dem Monitor sieht es jedoch tatsächlich wie eine Einsatzzentrale aus.

In einer weiteren Umbauphase komme ich mit dem Regisseur Marvin Kern ins Gespräch und er gesteht mir, dass er ganz aufgeregt war, als er hörte, dass eine Bundespolizistin einen Tag lang die Dreharbeiten begleiten wird. Als Grund gibt er an, dass er Bedenken hatte, was „echte Bundespolizisten“ wohl zu der dargestellten Einsatzzentrale sagen würden. Für mich macht sie jedoch einen ganz realistischen Eindruck, wengleich ein wenig künstlerische Freiheit sicher immer dazu gehört. Dieses Urteil scheint ihn zu beruhigen und so widmet er sich entspannt der nächsten Szene. Für mich der richtige Augenblick, mich zu bedanken und zu verabschieden.

Sandra Perlebach

Anmerkung der Redaktion:

Der erste „Tatort“ mit einem Ermittlerteam der Bundespolizei hat den Titel „Kaltstart“ und wird voraussichtlich am 27. April 2014 in der ARD ausgestrahlt. Über den Inhalt dürfen wir leider nichts verraten. So viel sei aber gesagt: Einschalten lohnt sich!

Interview mit Wotan Wilke Möhring



Foto: NDR/Christine Schröder

kompakt: Hand aufs Herz: Was wussten Sie von der Bundespolizei, bevor Sie die Rolle bekommen haben?

Möhring: Ich wusste, dass die Bundespolizei aus dem Bundesgrenzschutz hervorgegangen ist. Außerdem ist ein Bekannter von mir bei der GSG 9. Der hat sich total gefreut und gesagt: „Endlich bist du einer von uns!“ Ich habe mich dann natürlich ausführlicher mit der Bundespolizei beschäftigt und dabei erfahren, dass auch Fußballeinsätze zu den Aufgaben der Bundespolizei gehören. Das war

mir neu, finde ich aber toll, da ich ein großer Fan von Borussia Dortmund bin.

Bei der Bundespolizei finde ich klasse, dass man über Grenzen hinweg ermitteln kann und in Zusammenarbeit mit anderen Behörden auch im Ausland Fälle bearbeiten kann. Ich habe auch deshalb die neue Rolle als Bundespolizist als Bereicherung empfunden.

kompakt: Wie haben Sie sich auf die Rolle als Bundespolizist vorbereitet?

Möhring: Ich bin aufgrund der Kürze der Produktionsabschnitte auf die gute Recherche des Senders angewiesen. Da gab es ja auch Leute von der Bundespolizei, die bei der Entwicklung der Idee mit dem Sender zusammengearbeitet haben. Zudem ist es hilfreich, einen Bekannten aus der Bundespolizei zu haben, der einem bei Fachbegriffen beratend zur Seite steht und den man, wenn nötig, direkt fragen kann; zum Beispiel, ob ich bei einer bestimmten Situation einen Warnschuss abgeben muss oder nicht.

Grundsätzlich war ich bereits gut auf die Rolle vorbereitet, da ich ja schon öfter Polizisten gespielt habe und mir zum Beispiel der Umgang mit Waffen vertraut ist. Bei einem anderen Filmprojekt stand mir sogar die gesamte Drehzeit ein „echter“ Polizist zur Seite.

kompakt: Wo liegt für Sie der besondere Reiz in der Rolle eines Bundespolizei-Ermittlers?

Möhring: Zum einen in der Aufgabenvielfalt und zum anderen in der Mobilität. Gerade die Mobilität ist in der Figur „Falke“ ja sowieso schon angelegt. Er ist mit seiner Arbeit so verheiratet, dass da gar kein Raum für ein erfüllendes Privatleben ist. Dazu passt auch, dass er von einer Pension zur anderen reist oder auch mal sein Quartier in einer alten Sporthalle aufschlägt.

kompakt: Inwiefern unterscheidet sich diese neue „Tatort“-Reihe für Sie von den bisherigen Folgen?

Möhring: Um mich herum werden jetzt andere Uniformen getragen. Außerdem gibt es andere Waffen und andere Einsatzfahrzeuge. Wir haben jetzt einfach einen anderen Standard. Das ist übrigens auch das, was ich im „Tatort“ äußere. Auf die Frage: „Warum bist du zur Bundespolizei gegangen?“ antworte ich als Kommissar Falke: „Da gibt es bessere Waffen und schnellere Autos.“ (lacht)

Letztendlich verändert sich in der neuen „Tatort“-Reihe das Wirkungsfeld der Ermittler. Es geht jetzt um Schleusungen und organisierte Kriminalität. Dadurch beschäftige ich mich persönlich und als Kommissar mit der Thematik der Abschiebung und des Asylrechts, was vorher nicht so intensiv möglich gewesen wäre.

kompakt: Könnten Sie sich vorstellen, im realen Leben ein Ermittler der Bundespolizei zu sein?

Möhring (überlegt etwas länger): Ich weiß, dass viel am Schreibtisch ermittelt wird. Das ist das, was wir nicht zeigen, da es filmisch nicht so interessant ist. Deswegen würde ich eher in einem Bereich arbeiten wollen, wo Teamarbeit besonders wichtig ist.

Wo man seine Kollegen quasi besser kennt als die eigene Ehefrau und es so etwas wie ein Urvertrauen gibt und natürlich auch ordentlich was los ist.

kompakt: Sie sagten, Sie wären Borussia-Dortmund-Fan. Inwiefern ist Fußball und Polizei ein Thema für Sie?

Möhring: Ich sehe Fußball als ein großes soziales Auffangbecken für viele Dinge. Da können Menschen Emotionen zeigen und sind leidenschaftlich bei einer Sache. Das lenkt sie vom Alltag ab und beschwört ein Gemeinschaftsgefühl herauf, das selten genug in unserer egoistischen und egozentrischen Gesellschaft ist.

Ich glaube, es liegt in der Natur der Sache, dass es in einer so großen Menschenansammlung wie beim Fußball immer einige gibt, die aus Reihe fallen. Dieses Phänomen gibt es wohl bei allen großen Veranstaltungen. Die Polizei hat hier aus meiner Sicht eine tragische Rolle: Sie muss Fehler ausbügeln, die andere zu verantworten haben, und muss bei Dingen schlichten, für die sie nichts kann. Am Ende steht sie dann häufig als Buhmann da.

kompakt: Hatten Sie im „echten Leben“ bereits einmal Kontakt mit der Bundespolizei? Gibt es eine Geschichte dazu?

Möhring: Nein, da gibt es keine Geschichte. Aber es ist durchaus schon so, wenn ich mit dem Zug unterwegs bin und am Bahnhof Bundespolizisten sehe, dass ich sie in gewisser Weise als Kollegen empfinde. Vor allem, wenn man weiß, dass sie sich untereinander als „Buschisten“ bezeichnen, was

ich durch meinen Bekannten erfahren habe, dann ist das so eine unerschwellige Verbindung.

kompakt: Man nimmt also die Rolle auch als Mensch ein bisschen an?

Möhring: Ja, auf jedem Fall. Und nicht nur das: Durch den Blick hinter die Kulissen erhält man Einblicke in die Problematik derjenigen, die man spielt. Dinge, die man sonst nicht unbedingt sehen würde.

kompakt: Wie lernen Sie die Texte aus dem Drehbuch?

Möhring: Ich schaue mir die Dialoge für den nächsten und übernächsten Tag an. Bei Dialogszenen müssen die Dialoge aus den Figuren heraus stimmen, denn sie reagieren ja aufeinander. Wenn die Dialoge stimmen, ist es nicht schwer, sich den Text zu merken.

kompakt: Können Sie unseren Lesern schon etwas zu dem neuen „Tatort“ verraten? Auf was dürfen sich die Zuschauer freuen?

Möhring: Der neue „Tatort“ heißt „Kaltstart“ und kommt im April ins Fernsehen. Es beginnt mit einer Schleusergeschichte und einer Dokumentenfälschung im Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven. Die Kommissare kommen dabei einem größeren Waffen- und Schleusungsgeschäft auf die Spur. Es geht dabei um Warlords und die Waffenindustrie. Ich will aber nicht zu viel verraten.

kompakt: Vielen Dank für das Gespräch.

*Das Interview führte
Sandra Perlebach.*



Foto: Bundespolizei

Personenschutz Ausland der Bundespolizei

Hohe Leistungsbereitschaft, zurückhaltendes Auftreten, soziale Kompetenz: das sind nur einige der Attribute, die Bewerber für eine Verwendung als Personenschützer bei der Dienststelle Personenschutz Ausland mitbringen sollten. Im Gegenzug erhalten die Bewerber eine hochqualifizierte Fortbildung und anspruchsvolle Tätigkeit.

Der Schutz deutscher Auslandsvertretungen durch Beamte der Bundespolizei hat eine lange Tradition. Bezog sich der Schutzauftrag im sogenannten Hausordnungs- und Objektschutzdienst anfangs nur auf das Botschaftsgelände, kam später auch der Personenschutz für Botschafter und Botschaftsmit-

arbeiter dazu. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und der Intervention der NATO hatte sich die Gefahrenlage in einzelnen Staaten derart verschlechtert, dass zunächst die GSG 9 der Bundespolizei den Personenschutz für die deutschen Botschafter in Kabul (Afghanistan) und Bagdad (Irak) übernahm.

Mehr Sicherheit mit „SIK“

2007 wurde in Kabul ein Sprengstoffanschlag gegen einen Personenschutzkonvoi verübt. Dabei starben drei Polizeivollzugsbeamte, die für die Deutsche Botschaft Kabul als Personen- oder Objektschützer

gearbeitet hatten. Zudem wurde der Dauereinsatz von eigenen Beamten zur Belastung für die GSG 9, sodass ein Umdenken bei der Organisation des Personenschutzes erforderlich wurde. Das Bundesministerium des Innern entschied daraufhin, dass zur Entlastung der GSG 9 und des Bundeskriminalamtes künftig der Personenschutz an Krisenstandorten durch eine neu aufzustellende Einheit der Bundespolizei gewährleistet werden sollte.

Diese neue Einheit erhielt die Bezeichnung „SIK“, Schutz in Krisengebieten, und wurde organisatorisch als Referat 44 im Bundespolizeipräsidium angesiedelt. Bereits im Dezember 2008 übernahm das erste Personenschutzkommando seinen Auftrag an der deutschen Botschaft in Kabul und 2010 wurde die GSG 9 in Bagdad herausgelöst. Wenig später kamen noch die Standorte in Sanaa (Jemen) und Tripolis (Libyen) hinzu.

Zur optimalen Nutzung der Logistik und Fortbildungsmöglichkeiten der

GSG 9 sowie zur Entlastung des Bundespolizeipräsidiums von operativen Aufgaben wurde im Februar 2013 die Aufgabe Personenschutz im Ausland an die GSG 9 unter dem Dach „Spezialkräfte der Bundespolizei“ angegliedert.

Die neu gegründete Dienststelle „Personenschutz Ausland“ (PSA) setzt sich zusammen aus den Personenschutzkommandos und der Führungsstelle, die sich um die administrativen und konzeptionellen Einsatzbelange kümmert.

Die organisatorische Vereinigung von GSG 9 und Personenschutz brachte auch Synergien in der Nachwuchsgewinnung: So existiert nun für den PSA und die GSG 9 ein gemeinsames Eignungsauswahlverfahren (EAV). Dies bringt viele Vorteile: So konnten bereits Bewerber, die einen Teilbereich des EAV für GSG 9 nicht erfüllten, das EAV mit der Zielrichtung einer Verwendung bei PSA weiterführen. Ebenso konnten Bewerber, die überdurchschnittliche Ergebnisse

erzielten, das Bewerbungsverfahren verlängern und damit die Eignung für die GSG 9 erlangen.

Der Weg zum Personenschützer

Leider scheuen Interessenten aus Sorge vor einem vermeintlichen Scheitern oder aufgrund falscher Vorstellungen zum Anforderungsprofil nicht selten eine Bewerbung. Jedoch stellen das EAV und die Verwendungsförderung keine unüberwindbaren Hürden dar. Getestet werden im kognitiven Bereich beispielsweise die Konzentrationsfähigkeit, das räumliche Vorstellungsvermögen, die Merkfähigkeit oder die körperliche Belastbarkeit, an die bei der späteren Tätigkeit als Personenschützer im Ausland hohe Anforderungen gestellt werden. Viele der Testaufgaben, insbesondere die physischen, lassen sich gut trainieren. Wie das Eignungsauswahlverfahren aufgebaut ist und abläuft, kann im Intranet der Bundespolizei nachgelesen werden.



Auch das Schießen mit Sonderwaffen, wie hier mit dem G8, steht für angehende Personenschützer auf dem Fortbildungsprogramm.

Erfahrungsgemäß bestehen zwischen 40 und 60 Prozent der Bewerber das EAV. Bei der anschließenden dreimonatigen Verwendungsfortbildung zum Personenschützer erlernen die Teilnehmer zunächst die Grundlagen des Personenschutzes mit dem Schwerpunkt Schutz von Personen im Inland, wobei hierunter nicht nur Politiker, sondern auch Beschuldigte und Zeugen in Strafverfahren fallen können.

Daran schließt sich eine besondere Erste-Hilfe-Ausbildung sowie ein einsatzbezogenes Fahrtraining mit sondergeschützten und geländegängigen Fahrzeugen an. Erst danach wird der Fokus auf die Personenschutzmaßnahmen in Krisengebieten gelegt. Eine intensive Schießfortbildung, Sport und ein realitätsnahes Einsatztraining begleiten die Fortbildung durchgängig.

Damit die tatsächlichen Einsatzanforderungen bei den Fortbildern aktuell bleiben, werden auch diese in regelmäßigen Abständen als Personenschützer im Ausland eingesetzt. So besteht zwischen Fortbildung und Einsatz kaum ein Verlust zwischen Simulation und Realität.

Die Tatsache, dass maximal zehn Prozent der Teilnehmer die Verwen-



Auch Anschlagsszenarien (hier bei einem fiktiven Checkpoint in Afghanistan) werden während der Fortbildung trainiert.

dungsfortbildung nicht erfolgreich bestehen, verdeutlicht, dass Interessenten sehr gute Chancen haben, schon bald als Personenschützer im Ausland verwendet zu werden. Und der Personenschutz ist keine Männerdomäne: Bereits seit einigen Jahren leisten auch Personenschützerinnen ihren Dienst im Ausland. Dies ist umso wichtiger, da sich unter den Schutzpersonen auch Botschafterinnen befinden.

Im Ausland gestaltet sich der Dienst für die Beamten abwechslungsreich. Neben der Planung und Durchführung von Personenschutzmaßnahmen müssen sie sich ständig mit der aktuellen Lageentwicklung im jeweiligen Einsatzland auseinandersetzen. Dienstreisen der Schutzpersonen im gesamten

Einsatzland mittels Fahrzeug oder Flugzeug stellen die Beamten aufgrund der oftmals unwirtschaftlichen Umstände vor hohe planerische Herausforderungen. Das Talent zu improvisieren, wird hierbei häufig auf die Probe gestellt. Highlights sind Schutzaufträge für Reisende aus dem politisch-parlamentarischen Bereich. Dabei schützen Kräfte des PSA nicht nur Abgeordnete und Minister, sondern wurden auch schon im Rahmen der Unterstützung zum Schutz des Bundespräsidenten eingesetzt. Es ist die Aufgabe der Einsatzführungsstelle in Sankt Augustin, sie dabei durch Lageinformationen oder Absprachen im Inland zu unterstützen.

Wie lange die Beamten im Ausland eingesetzt werden, variiert von Standort zu Standort. Die Abordnungszeit zu den Botschaften in Kabul und Bagdad beträgt jeweils drei Monate. Für die Botschaften Sanaa und Tripolis sind aktuell noch längere Verwendungszeiträume vorgesehen. Die Einsatzplanung können die Personenschützer mitgestalten, um den jeweiligen familiären Bedingungen gerecht zu werden. Auch der Umstand, dass die Beamten während ihrer Abordnungszeit zum Auswärtigen Amt alle sechs bis acht Wochen einen Familienheimflug in Anspruch nehmen können, kommt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf entgegen. Nach der Verwendung ergibt sich in der Regel ausreichend Freizeit.

Im Ernstfall müssen sich die Personenschützer blind auf einander verlassen können.



Und was kommt nach dem Einsatz?

Nach der Erholung werden die Beamten in Sankt Augustin kontinuierlich weitergebildet. Externe Sprachschulungen und Fortbildungen, wie zum Beispiel zum Rettungssanitäter, sind nur einige Angebote aus der Palette des Fortbildungskatalogs. Darüber hinaus findet ein regelmäßiger theoretischer und praktischer Erfahrungsaustausch mit Partner-einheiten im In- und Ausland statt.

Trotz professioneller und intensiver Fortbildungen können nicht alle Risiken ganz ausgeschlossen werden. Dies hat der Anschlag am 6. Oktober 2013 in Sanaa, bei dem der Personenschützer Mirko Kanzler ermordet wurde, der gesamten Bundespolizei traurig vor Augen geführt.

Fazit

Bei Betrachtung der sicherheitspolitischen Weltlage kann davon

ausgegangen werden, dass Personenschutzmaßnahmen an deutschen Botschaften auch künftig erforderlich sein werden. Wo und in welcher Intensität diese Einsätze stattfinden, lässt sich nicht prognostizieren. Als Teil der Spezialkräfte der Bundespolizei ist der Personenschutz Ausland für diese Herausforderungen gut gerüstet; Herausforderungen, für die auch weiterhin motivierte Beamte gesucht werden.

Martin Kügele

19

Interview mit dem Leiter PSA, Mario Schulz

kompakt: Was war für Sie die größte Herausforderung bei der Übernahme der neuen Dienststelle?

Mario Schulz: Zunächst einmal musste das Einsatzgeschäft fortgeführt werden, ohne Gefahr zu laufen, dass dabei der bislang erfolgreiche Kurs verlassen wird. Bei Einsatzorten, die über die Welt verteilt sind, ist das keine leichte Aufgabe. Mein Schwerpunkt lag bei den Mitarbeitern. Zwei sehr selbstbewusste Dienststellen, wie der Personenschutz Ausland und die GSG 9, organisatorisch einander anzunähern, bedarf des Vertrauens aller Beteiligten. Dieses Vertrauen auf- und auszubauen ist eine Herausforderung, die ich gerne annehme.

kompakt: Was zeichnet den typischen Personenschützer für Auslandseinsätze aus?

Mario Schulz: Unsere Mitarbeiter sind durchweg leistungsorientiert und stressstabil. Im Umgang mit ihren Schutzpersonen müssen sie zudem im Sinne des Wortes über diplomatisches Geschick verfügen. Darüber

hinaus haben wir sehr individuelle Charaktere, mit interessanten dienstlichen und privaten Hintergründen. Bei aller Individualität zeichnet sie besonders aus, dass sie im Einsatz über Monate in schwierigen und beengten Verhältnissen kameradschaftlich miteinander umgehen.

kompakt: Das hört sich nach einer typischen Männerwelt an ...

Mario Schulz: Ganz und gar nicht. In unseren Reihen befinden sich auch drei Personenschützerinnen, die aufgrund ihrer guten Leistungen mittlerweile auch Führungspositionen innehaben. Eine weitere Mitarbeiterin ist unverzichtbar bei der Einsatzplanung und -organisation unserer Führungsstelle. Für unsere Aufgaben wäre es überaus wünschenswert, wenn sie nicht die einzigen blieben.

kompakt: Was wünschen Sie sich für die Zukunft der Dienststelle Personenschutz Ausland?

Mario Schulz: Der gewaltsame Tod von Mirko Kanzler hat mich tief

getroffen. Daher gilt mein Wunsch zunächst der Gesundheit unserer Personenschützer; mögen sie immer wohlbehalten von ihren Einsätzen zurückkehren. Der Dienststelle wünsche ich, dass sie die Reputation erhält, die sie durch ihre professionelle und von der breiten Öffentlichkeit meist unbemerkte Einsatzbewältigung verdient.

Das Interview führte Daniela Scholz.



Mario Schulz leitet seit Februar 2013 die Dienststelle Personenschutz Ausland.

Foto: Bundespolizei

Kolumne: Die Außenansicht

Personenschutz – eine feste Bindung

20

Eine klassische Formation aus dem Personenschutz nennt sich „Diamant“. Sicherlich ließen sich hierfür nüchternere Bezeichnungen finden, etwa „Vierer-Raute“. Aber mit einem Diamanten verbindet man nicht nur eine geometrische Form, die kubische Modifikation des Kohlenstoffs und den härtesten natürlichen Stoff, sondern eben auch etwas äußerst Wertvolles. Und im Personenschutz kann es um das Wertvollste gehen, was es überhaupt gibt: das Leben und die körperliche Unversehrtheit.

Die körperliche Unversehrtheit einer Schutzperson zu bewahren ist Sache des Personenschützers. Sein Auftrag kommt in dem antiquierteren Begriff „Leibwächter“ sogar noch besser zum Ausdruck. Gebräuchlicher ist freilich die neudeutsche Bezeichnung „Bodyguard“. Um eine Diamant-Formation bilden zu können, braucht es mehrere Bodyguards, also ein „Close Protection Team“, abgekürzt CPT. Diese Benennungen setzen sich zunehmend auch im deutschen dienstlich-professionellen Sprachgebrauch durch. Weniger, weil „Leibwache“ zugegebenermaßen wie aus einem Mantel- und Degenfilm entlehnt klingt, sondern eher wegen der zunehmenden Internationalisierung. Heutige Personenschützer stehen oftmals mit Kolleginnen und Kollegen aus dem internationalen Umfeld im Einsatz und dort bildet Englisch die Arbeitssprache.

Aber egal ob „Bodyguard“ oder „Leibwächter“ – beide Begriffe ver-

deutlichen die enge Beziehung zwischen Schutzperson und Personenschützer. Frei nach dem Motto „Ein Diamant ist unvergänglich“ verbringen alle im Extremfall 24 Stunden und sieben Tage die Woche miteinander. Das führt durchaus zu engen und festen Bindungen. Es hat nicht nur einen Spitzenpolitiker gegeben, der einige ihm besonders vertraute Personenschützer in neue Funktionen mitnahm. So etwa Gerhard Schröder, als er von der niedersächsischen Staatskanzlei in das Bundeskanzleramt wechselte. Und von Bundeskanzlerin Angela Merkel ist deren tiefe Erschütterung bekannt, als im August 2007 einer ihrer langjährigen Personenschützer gemeinsam mit zwei Kollegen während eines Auslandseinsatzes in Afghanistan bei einem Anschlag mit einer versteckten Sprengladung ums Leben kam.

Keine Frage: Es müssen schon hochkarätige Menschen sein, die man mit Personenschutzaufgaben be- und denen man sein Leben anvertraut. Körperliche Härte, geistige Brillanz und vor allem ein gewisser Instinkt, ein „siebter Sinn für Gefahren“ zählen zu den Grundanforderungen. Denn als größte Gefahr gilt die Routine, die zu Unachtsamkeit und damit zum fatalen Misserfolg führen könnte. Moderne Ausrüstung und – noch wichtiger – eine stetig an aktuellen Einsatzerfordernissen ausgerichtete Ausbildung bilden dann den „letzten Schliff“.

Als normaler Mensch kommt man möglicherweise nie in die Lage, unter

Personenschutz zu stehen oder gar solchen leisten zu müssen. Aber ein letzter Rest davon erhielt sich zumindest bis in die heutige Etikette. So geht die Dame bekanntermaßen immer auf der rechten Seite ihres Begleiters. Dieser Brauch findet seinen Ursprung darin, dass der Herr bei drohender Gefahr den links getragenen Säbel ungehindert ziehen konnte. Ein Quäntchen Bodyguard steckt also noch in jedem Kavalier. Und was wissen wir spätestens seit dem Film „Blondinen bevorzugt“? Diamanten sind die besten Freunde einer Dame.

Jan-Phillipp Weisswange



Dr. Jan-Phillipp Weisswange, Oberstleutnant der Reserve, studierte in Freiburg und Bonn Politikwissenschaften, Neuere und Neueste Geschichte, Islamwissenschaften und Öffentliches Recht. Seit 2004 arbeitet er unter anderem als Freelancer für verschiedene Verlage und berichtete dabei auch schon über den Personenschutz der Bundespolizei im Ausland.



Der heute 80-jährige Friedrich Tauber vor dem Eingang zur Kaserne der Fremdenlegion im französischen Straßburg: Hier war und ist der Anlaufpunkt für junge Männer, die ihr Glück und das Abenteuer in der Fremdenlegion suchen.

Foto: Rudolf Höser

Damals: Grenzzwischenfälle mit den Fremdenlegionären

Als Angehöriger der Deutschen Passkontrolle und des Grenzschutzeinzeldienstes war Friedrich Tauber von 1959 bis 1994 als Vernehmungsbeamter bei der Grenzschutzstelle Kehl-Europabrücke tätig. Den Lesern der *kompakt* gibt er einen Einblick in den Fundus seiner Erinnerungen an Grenzzwischenfälle und die Befragung heimkehrender Legionäre.

Es sind Geschichten, die das Leben schreibt, und sie sind menschlich bewegend. Friedrich Tauber kennt Dutzende davon. Jahrzehntlang war er einer der Beamten an der Grenzschutzstelle Kehl am Rhein. Im Gespräch mit der *kompakt*-Redaktion erzählt er, warum er legionswillige junge Männer an der Ausreise hindern musste und welche

Geschichten ihm die Rückkehrer anvertrauten; Begebenheiten, die ihn als Grenzpolizisten forderten und bewegten, oft nächtelang.

Wer als Legionär in der Fremde bestehen will, der muss ein harter Kerl sein. Schon vor Jahrzehnten machten sich viele auf den Weg in die Fremdenlegion. Gutes Geld in

der Tasche, Palmen, Sonne und Abenteuer: Mit diesen Aussichten beschrieben die Werber der französischen Fremdenlegion die Aussichten für diejenigen, die sich auf das Leben als Fremdenlegionär einlassen. Das gilt auch heute noch. Der aktuelle Slogan lautet „Change ta vie“, zu deutsch: „Ändere dein Leben“.



Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft: Trotz der teilweise schwierigen Bedingungen in der Zusammenarbeit mit den französischen Kollegen kam die Kameradschaft nicht zu kurz. Friedrich Tauber übergibt ein Gastgeschenk an einen französischen Kollegen.

Jene Männer, die auf Dauer den enormen, ja teils unmenschlichen Belastungen nicht gewachsen waren, strandeten vielfach bei Friedrich Tauber. „Meist hatten wir es mit Legionären zu tun, die aus den unterschiedlichsten Gründen zurück nach Deutschland kamen: wegen Fahnenflucht, wegen erlittener Verletzungen oder weil sie vom französischen Militär vor Erreichen ihrer Rentenansprüche nach 15 Jahren Söldnerdienst einfach als wehruntauglich abgestempelt worden waren. „Eine billige Methode, die Männer ohne Rentenzahlung loszuwerden“, erzählt der 1934 im fränkischen Ansbach geborene und seit 1994 pensionierte Polizeihauptmeister. 1953 wurde Friedrich Tauber als Grenzjäger beim Bundesgrenzschutz in Amberg eingestellt. Nach der Grundausbildung wurde er zum Grenzschutzkommando Süd abgeordnet, wo er als technischer Zeichner, Kartograf und Bibliothekar weiter ausgebildet wurde. Über mehrere Stationen kam er 1959 zur Passkontrollstelle nach Kehl am Rhein, wo er am Ende seiner beruflichen Laufbahn als stellvertretender Dienststellenleiter tätig war.

Flucht vor Verantwortung oder Abenteuerlust

Dort erlebte er, wie junge und abenteuerlustige Männer der verschiedensten Nationalitäten mit dem Ziel „Légion étrangère“, der Kaserne für die Rekrutierung von Fremdenlegionären im benachbarten, französischen Straßburg, unterwegs waren. „Wer zur Fremdenlegion wollte, der hatte gute Gründe dafür. Viele kamen aus Staaten des Ostblocks, wo sie nie wirklich frei leben konnten. Das versprachen sie sich von der Fremdenlegion. Andere brachen aus ihrem Alltag aus, flohen vor familiärer Verantwortung“, sagt Friedrich Tauber und erinnert sich an einen ganz speziellen Fall.

Eines Tages kam eine Frau mit ihren zwei Kindern zum Grenzübergang nach Kehl. Sie hatte von ihrem Mann eine Postkarte aus Straßburg bekommen. Aus der ging hervor, dass der Gatte in die Fremdenlegion gehen wollte. All das verkräftete die mit ihren Kindern zurückgelassene Frau

nicht. Alleingelassen, brach sie am Schlagbaum vor Erschöpfung zusammen. „Ja – und dann stehen sie da, als Grenzschützer. Die Frau glaubte, wir könnten ihr helfen und sie könnte ihren Mann gleich wieder mit nach Hause nehmen. Aber das ging natürlich nicht. „Wir versuchten freilich, der Dame zu helfen. Über die Vermittlung eines Priesters, der den Bischof von Straßburg gut kannte, der wiederum seinen Einfluss beim Kommandanten der Fremdenlegion in Straßburg geltend machte, konnte die Reise des familienflüchtigen Mannes in die Fremdenlegion gestoppt werden. Der treulose Gefährte saß bereits im Zug nach Marseille, der letzten Station der Legionäre, bevor sie Frankreich über das Meer verließen“, erzählt Tauber. Und er ergänzt: „Ein Legionär, der seine Familie und Kinder im Stich gelassen hat, der hat keinen freien Kopf. Der kann nicht ohne Einschränkungen die Strapazen in der Fremdenlegion bestehen. Solche Leute konnten die Militärs nicht gebrauchen, weil sie nicht ausreichend belastbar waren.“ Deshalb hat der Kommandeur den Legionär fristlos entlassen und wieder zu seiner Familie zurückgeschickt. „Der war am Boden zerstört, seine Frau aber erst einmal glücklich“, berichtet Friedrich Tauber von seinen Beobachtungen, als die Familie am Schlagbaum in Kehl zusammentraf. Im Legionsbericht diktierte der „Flüchtige“ dem Grenzschutzbeamten Tauber in die Feder: „Ich sollte das Erbe in einer großen Firma antreten. Weil mich das in meiner Freiheit sehr eingeschränkt hätte, wollte ich das. Die Familie war mir lästig. Ich wollte etwas erleben.“

Problematisch waren auch die Fälle der fahnenflüchtigen Fremdenlegionäre. Reisefreiheit wie heute gab es nicht. Als „Illegaler“ war es unmöglich, einen offiziellen Übergang zu benutzen. Es blieb nur der Weg über die grüne Grenze.

Die Fremdenlegion

Die Fremdenlegion (frz.: Légion étrangère) ist ein 1831 gegründeter militärischer Großverband, dessen Soldaten im Dienst der Heeresstreitkräfte Frankreichs stehen. Im Sinne des Völkerrechts sind die Fremdenlegionäre also reguläre Soldaten der französischen Armee. Derzeit leisten dort rund 7 700 Freiwillige aus mehr als 130 Nationen ihren Söldnerdienst. Das Offizierskorps besteht ausschließlich aus Franzosen. Oberbefehlshaber der Fremdenlegion ist das französische Staatsoberhaupt. Schätzungen zufolge haben seit der Gründung bis heute rund 650 000 Männer aus aller Welt in der Légion étrangère gedient.

Tauber erzählt: „Da flüchteten drei rumänische Legionäre. Die kamen offensichtlich über die grüne Grenze. Sie waren komplett durchnässt.

Unsere Vermutung bestätigte sich: Die Männer waren von der französischen Seite quer durch den Rhein bis nach Deutschland geschwommen.“ Beim Schreiben des Legionsberichtes stellte sich heraus, dass die Männer ursprünglich zu viert waren. „Und wo ist der Vierte?“, wollte Tauber wissen. Er war auf tragische Weise ums Leben gekommen, weil er von der starken

Strömung im Rhein abgetrieben worden war. Später wurde er tot an einer Rheinschleuse gefunden.

„Wir haben den Flüchtlingen zivile Kleidung besorgt und ihnen mit praktischen Dingen des Alltags weitergeholfen“, erinnert sich Friedrich Tauber. „Es war manchmal so deprimierend, dass ich nachts nicht schlafen konnte. Damals gab es noch keine psychologische Betreuung für uns, so wie es heute üblich ist. Vielleicht erinnere ich mich auch deshalb

noch so genau an diese Extremfälle“, sagt Tauber nachdenklich.

Schwieriges Verhältnis zu den Nachbarn

Auch das Verhältnis zu den französischen Kollegen war damals eher angespannt, obwohl oder gerade weil Seite an Seite kontrolliert wurde. In brenzigen Situationen haben sich die Franzosen stets auf das NATO-Truppenstatut berufen. Bei der Einreise nach Deutschland gab es eine bestimmte Reihenfolge der Kontrolle: erst die französische Passkontrolle, dann der französische Zoll, dann die deutsche Passkontrolle und zuletzt der deutsche Zoll. Diese Reihenfolge wurde bei der Einreise streng eingehalten. Das machte es den Fahnenflüchtigen schwer, direkt mit den deutschen Beamten Kontakt aufzunehmen und auf deutsches Gebiet zu flüchten, ohne vorher von den Franzosen erkannt zu werden.



„Ich erinnere mich an einen Vorfall bei der Einreisekontrolle eines Busses. Bevor die französischen Kollegen einen fahnenflüchtigen Legionär überprüfen konnten, kam dieser auf mich zu und fragte aufgeregt: Ich bin geflüchteter Legionär, wo kann ich hin? Ich habe ihm dann den Weg in unser Büro gewiesen“, berichtet Tauber. Damit löste er einen internationalen Konflikt aus. „Als die Franzosen bemerkten, dass eine Person ihrer Kontrolle vorenthalten wurde und auf deutsches Hoheitsgebiet geflüchtet war, umstellten sie das ganze Dienstgebäude. Die Franzosen sagten, der gehört uns und solange er nicht kontrolliert ist, habt ihr Deutschen kein Recht, ihn in Gewahrsam zu nehmen“, beschreibt der ehemalige Grenzschützer die Situation. Auf der Arbeitsebene ließen sich solche Situationen dann nicht mehr lösen, die oberste Kommandoebene wurde dann eingeschaltet. „Häufig war es dann wieder der Pfarrer Bigott, der vermittelnd eingriff und sich mit dem Kommandeur der Fremdenlegion einigte“, weiß Tauber. Anschließend

wurden die Legionäre von uns vernommen und die Legionsberichte erstellt.

Viele Jahre lang wussten die deutschen Grenzschützer nicht, dass ausgediente Legionäre in Militärkasernen aus Frankreich über die Grenze nach Deutschland gebracht wurden. Sie kamen dann in die französischen Kasernen und wurden von dort in das Zivilleben entlassen. „Erst in den 1970er-Jahren gab es Namenslisten der Legionäre, die zur Entlassung anstanden. Die deutschen Behörden hatten ein Interesse daran, die Rückkehrer zu überprüfen. Oft waren in Deutschland rechtskräftig verurteilte Straftäter darunter oder solche, die wegen Straftaten gesucht wurden. Viele hatten auch nicht die erforderlichen Papiere zum Grenzübertritt“, so Tauber.

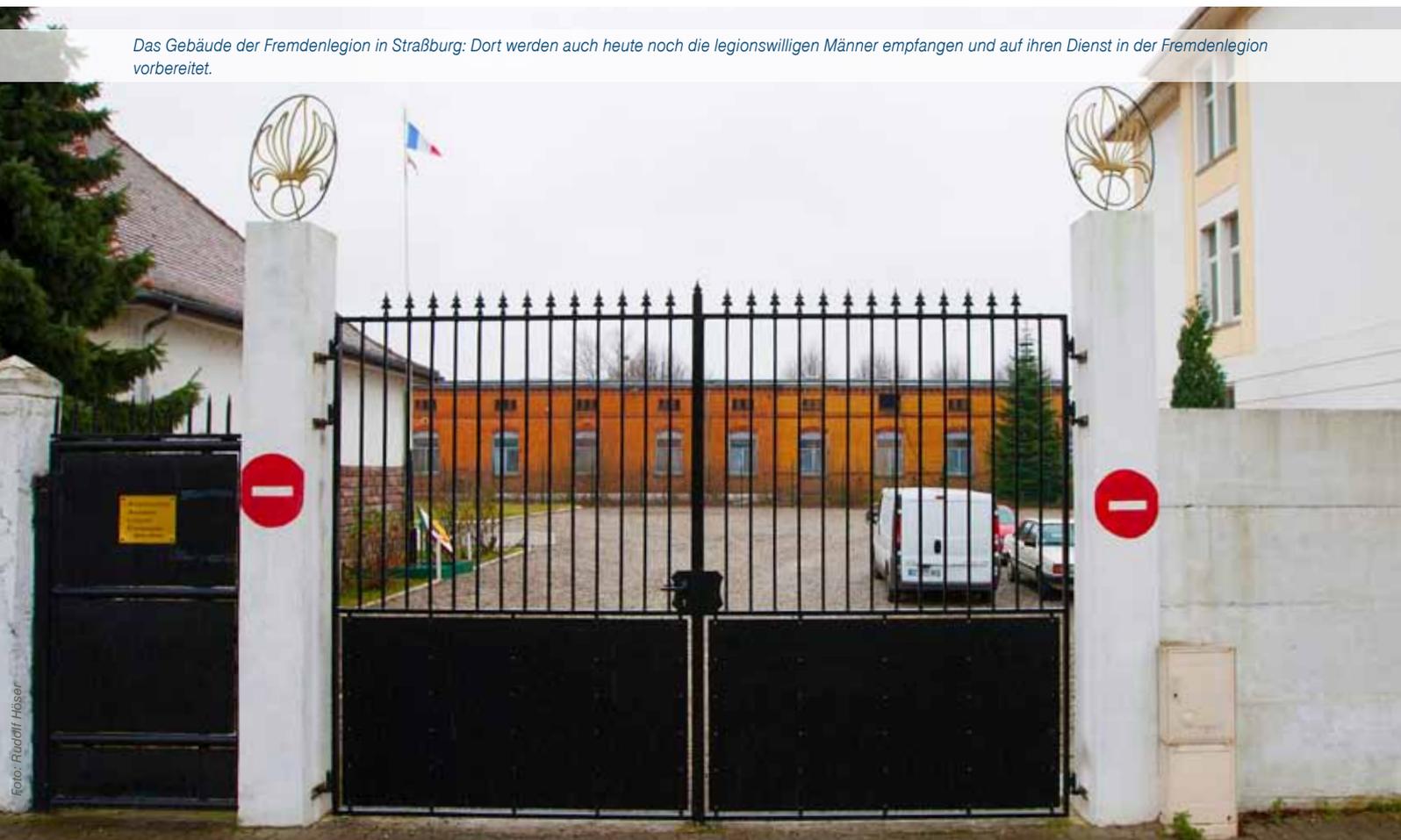
In den Legionsberichten stellte er die immer gleichen rund 30 Fragen an die Legionäre: Neben Angaben zur Person waren das Fragen zur Einstellung und Verwendung in der

Fremdenlegion, zum Truppenteil und zum Einsatzraum. Außerdem wurde gefragt, wann, wo und wie der Legionär verwundet wurde und vieles mehr.

In diesen Jahren hat Friedrich Tauber viel erlebt und spannende Geschichten in Erfahrung gebracht. In den letzten Jahren hat er sich intensiv mit der Vergangenheit bzw. Gegenwart der Fremdenlegion beschäftigt und gemeinsam mit seiner Frau historische Stätten der Legionäre in Mexiko besichtigt. „Die Ausbildung in der Fremdenlegion ist auch heute noch eine der härtesten in der Welt. Nun haben aber die Söldner die gleichen Rechte wie alle französischen Soldaten. Und heute sucht die Fremdenlegion Elitesoldaten und kein Kanonenfutter mehr wie in der Vergangenheit“, bricht der Ex-Grenzschützer eine Lanze für die oft falsch dargestellten Verhältnisse in der heutigen Fremdenlegion.

Rudolf Höser

Das Gebäude der Fremdenlegion in Straßburg: Dort werden auch heute noch die legionswilligen Männer empfangen und auf ihren Dienst in der Fremdenlegion vorbereitet.





Personal & Haushalt

Mobbing – wenn die Arbeit zur seelischen Qual wird

Gut gelaunt und gerne zur Arbeit gehen, mit Freude die Aufgaben des Tages erledigen, sich gut mit den Kollegen verstehen und zumindest ab und an einen Small Talk halten – das wünscht sich wohl jeder Arbeitnehmer. Aber was, wenn der tägliche Gang zur Arbeit immer schwerer fällt und der Magen schmerzt, wenn man nur an den Dienst denkt?

Mal wieder wurde Herr A in den Wochenenddienst eingeteilt. Als Frau B sich der Gruppe von Kollegen nähert, brechen diese sofort das Gespräch ab und gehen. Erneut hat der Kollege Herrn C nicht Bescheid gegeben, dass die Konferenz vorgezogen wurde. Zum wiederholten Male wird Frau D ein Auftrag entzogen. Alles nur dumme Zufälle?

Ein bekanntes, aber lange Zeit totgeschwiegenes Thema tritt immer mehr in Erscheinung. Immer häufiger wird darüber berichtet und man liest von den teilweise schwerwiegenden

Folgen. Das unangenehme Thema lautet: Mobbing.

Was ist Mobbing?

Der Begriff „Mobbing“ stammt von dem englischen Verb „to mob“ ab und bedeutet wörtlich übersetzt: „über jemanden herfallen, angreifen, anpöbeln, bedrängen“. Das Wort beschreibt eine mindestens sechs Monate andauernde und sich wiederholende Anfeindung gegen eine oder mehrere Personen mit der Absicht, diese zu kränken oder zu demütigen.

Mobbing-Handlungen können durch eine oder sogar mehrere Personen ausgeübt werden. Der Täter oder die Täter kann/können aus allen Schichten kommen: Es kann ein Kollege sein, ein Vorgesetzter oder sogar der Chef selbst.

Menschen haben eine unterschiedliche Auffassung darüber, was Mobbing ist und wo es beginnt. Ein Betroffener ist sich anfangs meist nicht sicher, ob es sich in bestimmten Situationen um eine Mobbing-Attacke handelt, er einfach nur einen schlechten Tag hat oder schlicht zu empfind-

lich reagiert. Oft sucht er auch die Schuld bei sich selbst. Mobbing-Handlungen finden sowohl bewusst als auch unbewusst statt. Nicht selten geschieht es für das Opfer unvorhersehbar und im Beisein von anderen Personen.



Wie äußert sich Mobbing?

Mobbing kann verschiedene Formen annehmen. Verbale sowie nonverbale Situationen treten gleichermaßen auf. Häufige Mobbing-handlungen sind:

- Verbreitung von Gerüchten, Beleidigungen, Denunzierung, Drohungen
- Diskriminierung bezüglich des Glaubens, der Herkunft, des Geschlechts
- Anschreien oder ständiges Unterbrechen beziehungsweise „Ins-Wort-Fallen“ – bis hin zum Ignorieren der Person
- wiederholte unbegründete Kritik an der Arbeit, Beurteilung der Arbeit in abwertender und kränkender Weise, auch und gerade vor Kollegen
- Übergehen bei der Zuweisung von Aufträgen
- wiederholte Zuweisung von sinnlosen, kränkenden oder unter-/überfordernden Arbeiten
- Sabotage der Arbeit
- sexuelle Annäherung oder verbale sexuelle Angebote

Wen kann es (be-)treffen?

Grundsätzlich kann es jeden treffen. Man selbst provoziert ein derartiges Verhalten nicht, aber es trifft besonders häufig Menschen mit einem eher geringen Selbstbewusstsein. Zukunftsängste sind oft ein Grund dafür, dass sich ein Betroffener gegen die Anfeindungen nicht wehrt. Er fürchtet, dass man ihn als schwach und nicht konfliktfähig ansieht. Ob man Opfer wird, hängt aber immer vom Täter ab.

Tipps gegen Mobbing:

- Wehren Sie sich so früh wie möglich. Sprechen Sie den Mobber gezielt an und geben Sie zu verstehen, dass Sie sein Verhalten nicht billigen.
- Führen Sie ein Mobbing-Tagebuch. Notieren Sie sich das Datum, die Uhrzeit, die Art des Angriffes und mögliche Zeugen.
- Hat eine Aussprache keinen Erfolg gebracht, so wenden Sie sich an Ihren Vorgesetzten. Erzählen Sie ihm von den Vorkommnissen, zeigen Sie ihm Ihr Mobbing-Tagebuch und bringen Sie, wenn möglich und gewollt, einen der Zeugen mit. Sollte der Vorgesetzte selbst der Täter sein, so wäre die nächste Instanz die Personalvertretung.
- Unterstützung aus dem Kollegenkreis macht stärker und zeigt dem Mobber, dass Sie nicht allein sind.
- Sprechen Sie mit vertrauten Personen über Ihre Situation. Das kann ein anderer Kollege, ein Familienangehöriger oder der Hausarzt sein. Ebenso sind der Personalrat, die Jugend- und Auszubildendenvertretung und die Gleichstellungsbeauftragten eine Anlaufstelle. Lassen Sie sich nicht mit Ihrem Problem allein!
- Nehmen Sie professionelle Hilfe in Anspruch. Es gibt Beratungsstellen, die sich auf Mobbing spezialisiert haben. Im Internet gibt es zahlreiche Foren, auf denen Sie sich mit anderen Opfern austauschen können. Sie können auch auf einen Rechtsanwalt zurückgreifen. Es können verschiedene Rechtsschritte eingeleitet werden. Zum Beispiel kann eine zivilrechtliche Unterlassung solcher Handlungen oder ein Schadensersatzanspruch erwirkt werden, wenn das Persönlichkeitsrecht, die Ehre oder die Gesundheit durch den Mobber beschädigt wurde. Dies gilt es allerdings auch zu beweisen. Genau aus diesem Grund ist es wichtig, eine unabhängige und fachkundige Person mit einzubeziehen.



Welche Folgen kann Mobbing haben?

Bei den Betroffenen wirkt sich Mobbing drastisch sowohl auf die Seele als auch auf den Körper aus. Sie verlieren immer mehr an Stabilität und Kraft, sind teilweise nicht mehr wiederzuerkennen, kapseln sich ab und scheuen sogar den Kontakt zu anderen Menschen. Depressionen, Angstzustände, Nervosität, Selbstzweifel, Konzentrationsschwäche, Verschlechterung der Arbeitsleistung, Antriebslosigkeit, Schlafstörungen bis hin zu Magen-Darm-Problemen sind nur wenige der Folgen, die möglicherweise daraus entstehen. Die Konsequenz ist, dass Betroffene für längere Zeit durch Krankheit ausfallen oder gar therapeutische Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Es kann, je nach Person und Schwere des Mobbing-Falles, Monate dauern, bis der Betroffene wieder in der Lage ist, ein normales Berufs- und sogar Privatleben zu führen.

Was kann man tun? – Aktiv werden!

So schön es auch wäre – aber leider hören Mobbing-Attacken nicht von selbst auf. Die Betroffenen sollten nicht hoffen, dass sich die Situation von allein regelt. Viele haben Angst und befürchten, nicht ernst genommen zu werden oder dass ihre Situation verharmlost wird. Zudem möchten sie ihr „Image“ schützen und ihr Lage mit einem eventuell falschen Handeln nicht noch verschlimmern.

Doch sie sollten sich aus diesem Teufelskreis befreien und aktiv handeln. Das Mobbing einfach nur zu ertragen, macht es schlimmer: Der Mobbende fühlt sich mit seinen Anfeindungen überlegen und wird nicht aufhören, den Betroffenen zu schikaniaieren, bis er sein Ziel erreicht hat.

Mobber müssen zur Verantwortung gezogen werden und die Konsequenzen ihres Fehlverhaltens tragen!

Wie kann ich Betroffenen helfen?

Bemerkt man, dass jemand gemobbt wird, so sollte man vorsichtig versuchen, die betroffene Person anzusprechen und Unterstützung anbieten. Der Gang zum Chef ist für den Betroffenen oftmals ein schwerer Schritt, der durch die Hilfe einer anderen Person erleichtert wird. Der Arbeitgeber hat, sobald das Problem bekannt ist, möglichst schnell und effektiv zu handeln, beispielsweise in Form von klärenden Gesprächen, Abmahnungen oder Versetzungen.

„Die Gesundheit ist zwar nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.“

(Arthur Schopenhauer)

Mandy Deborah Zutz

5

Fragen an ...

28

Winfried Felbinger

Die Eisenbahn hatte es Winfried Felbinger (58) seit Kindesalter angetan. Nur folgerichtig führte ihn sein Weg vor mehr als 40 Jahren zur Deutschen Bundesbahn, wo er nach der Ausbildungszeit für einige Jahre im Betriebsdienst die Signale stellte. Ab 1979 als Bahnpolizist in Würzburg im Einsatz, erlebte er dort über die Jahrzehnte hinweg gleich zwei Umbenennungen seiner Dienststelle: von Bahnpolizeiwache zur BGS-Inspektion und später zur Bundespolizeiinspektion. Dort widmet sich Winfried Felbinger seit nunmehr 13 Jahren der polizeilichen Kriminalprävention.



Foto: Bundespolizei

1. Was schätzen Sie bei der Bundespolizei am meisten?

Als Kontroll- und Streifenbeamter durfte ich über zwei Jahrzehnte lang viele unterschiedliche Einsatzbereiche mit ständig neuen Herausforderungen kennenlernen. Seit meinem Wechsel in den Bereich der polizeilichen Kriminalprävention sind es die mannigfaltigen Möglichkeiten, gewinnbringende, vorbeugende Polizeiarbeit für Bürger aller Altersgruppen an der Basis zu leisten.

4. Was war das Schlimmste, was Sie im Dienst erlebt haben?

Im bahnpolizeilichen Aufgabenbereich erlebt man über die Jahre viele belastende Ereignisse. Ein Bahnunfall ist mir besonders in Erinnerung geblieben. Ein 14-jähriger Junge war von einem Regionalexpress an einem Bahnhof erfasst und getötet worden. Mein Streifenpartner und ich kamen als Erste am Unfallort an, und noch bevor andere Rettungskräfte angekommen waren, erreichten die Eltern und zwei Geschwister des Jungen den Unfallort. Die Reaktion der Eltern angesichts des zerrissenen Körpers ihres Kindes war nicht einfach zu ertragen und hat mich danach noch länger beschäftigt.

2. Was schätzen Sie bei der Bundespolizei am wenigsten?

Die Bundespolizei reagiert auf neue Tendenzen in der Kriminalität oft zu schwerfällig und zeitverzögert, was meines Erachtens auch an ihrer Größe liegt. Das hemmt die Arbeit in vielen Fällen vor Ort enorm und ist nicht im Sinne der Bürger. Zudem vermisse ich flexiblere Lehrgangs- und Fortbildungsangebote.

3. Was war Ihr bisher schönstes Erlebnis im Dienst?

Der Einsatz als Fankontaktbeamter im sogenannten „Team Aktiv“ während der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Nürnberg. Einmalig – weltweit angereiste fußballbegeisterte Menschen aller Couleur als faire Fangemeinde hautnah zu erleben und sie sicherheitsrelevant zu beraten.

5. Was wäre Ihre erste Amtshandlung, wenn Sie heute zum Präsidenten der Bundespolizei ernannt würden?

Ich würde die polizeiliche Kriminalprävention personell und materiell wesentlich besser ausstatten. Zeitnahes Handeln und ein professionelles Equipment sind auch in diesem Einsatzbereich unabdingbar. Jede Straftat oder Ordnungswidrigkeit, die wir verhindern können, brauchen wir nachher nicht zu bearbeiten.

Das Interview führte Fabian Hüppe.

Hamburg: Ein Großstadt-ermittler berichtet

Rund 3 000 Mitarbeiter der Bundespolizei arbeiten im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung. Einer davon ist Oliver Kurrat (39). Er ist Angehöriger der Bundespolizeiinspektion Hamburg, einer bahnpolizeilichen Schwerpunktdienststelle, die im bundesweiten Vergleich mit einer weit über dem Durchschnitt liegenden Kriminalitätsbelastung konfrontiert ist. Die daraus resultierenden Vorgänge stellen die Ermittlungsbeamten oft vor große Herausforderungen, die nur in Teamarbeit bewältigt werden können. Die Bundespolizei **kompakt** sprach mit dem Ermittler über seine facettenreiche Arbeit.

kompakt: Sie waren als Gruppenleiter am Hamburger Hauptbahnhof tätig und sind vor einigen Jahren in den Ermittlungsdienst gewechselt. Welche Ermittlungen führen Sie hauptsächlich durch?

Oliver Kurrat: Ich bearbeite Gewaltdelikte und bin mit der kriminaltechnischen Tatortarbeit sowie der Ermittlung nach Unfällen im Eisenbahnbetrieb, einschließlich der Todesermittlungen, beauftragt.

kompakt: Was macht Ihre tägliche Arbeit aus?

Oliver Kurrat: Gewaltdelikte erfordern meist umfangreiche Vernehmungen und Videoauswertungen. Die Ermittlungen und Fahndungen gegen unbekannte Tatverdächtige führen in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft nicht selten bis zu Öffentlichkeitsfahndungen. Diese setzen dann nicht nur die Tatverdächtigen, sondern auch uns Ermittler unter großen Druck.

Bei der Tatortarbeit kommen mir fachspezifische Fortbildungen zugute.

In dem Lehrgang „Todesermittlungen und Leichensachenbearbeitung“ konnte ich mir unter anderem viele wichtige Kenntnisse aneignen über die Leichenidentifizierung, Tatortarbeit, Spurenkunde und Überbringung von Todesnachrichten an Angehörige. In meiner praktischen Arbeit werde ich immer wieder mit diesen Einsatz-



Foto: Bundespolizei

Die Leichenidentifizierung ist für die Ermittler der Bundespolizei mit dem Minirechner (CF-U1 Toughbook) in wenigen Sekunden möglich.

situationen konfrontiert, da ich im Auftrag der Staatsanwaltschaft und enger in Zusammenarbeit mit dem für Todesermittlungen zuständigen Landeskriminalamt Hamburg Ermittlungen nach Unfällen und Suiziden im bahnpolizeilichen Bereich durchführe.

Bei einer Hospitation bei der Hamburger Mordkommission konnte ich bei mehreren Mordfällen bei den Todesermittlungen mitwirken und profitiere bis heute davon.

kompakt: Was zeichnet einen guten Ermittlungsbeamten aus Ihrer Sicht aus?

Oliver Kurrat: Wie auch in jedem anderen polizeilichen Bereich sollte der Ermittlungsbeamte sein Handwerk beherrschen. Fachliche Kompetenz und die nötige Motivation sind dabei die Grundvoraussetzungen. Innerhalb des Ermittlungsdienstes und in der Zusammenarbeit mit den Dienstgruppen ist die Teamfähigkeit aus meiner Sicht sehr wichtig. Aber auch die psychische Belastbarkeit sollte stark ausgeprägt sein.



Foto: Bundespolizei

Teamarbeit bei der Leichenidentifizierung im Hamburger Institut für Rechtsmedizin (von links: Mitarbeiterin des Landeskriminalamtes, Oliver Kurrat, Mitarbeiter der Rechtsmedizin)

kompakt: In welchen Fällen kommt es insbesondere auf die psychische Belastbarkeit an?

Oliver Kurrat: Gerade im bahnpolizeilichen Aufgabenbereich gibt es häufig Ereignisse, die unter die Haut gehen können. Die Ermittlungen nach Personenunfällen und die Tatortarbeit bei Großschadensereignissen können psychisch ganz schön belastend sein. Besonders Todesermittlungen und die Leichensachbearbeitung gehören für mich dazu. Bei diesen Fällen kann es schon gewöhnungsbedürftig sein, die Spuren zu sichern und alles zu dokumentieren.

kompakt: Können Sie ein Beispiel nennen?

Oliver Kurrat: Todesermittlungen nach Unfällen im Bahnbereich sind

für einen Ermittler sicherlich zunächst nichts Ungewöhnliches. Aber die Auffindesituation, der körperliche Zustand und das Alter der Leiche können auch einen erfahrenen Ermittler betreffen. Im Oktober 2013 war ich in die Ermittlungen nach einem Todesfall im S-Bahnbereich eingebunden. Ein junger Mann im Alter von 18 Jahren wurde von einer S-Bahn erfasst und verstarb noch an der Unfallstelle. Da es keine Zeugenhinweise gab, mussten wir umfangreiche Ermittlungen durchführen, um ein Fremdverschulden beziehungsweise ein Tötungsdelikt auszuschließen. Auch die Identität des 18-Jährigen war zunächst unklar; die Identifizierung des Mexikaners konnten wir dann direkt im Hamburger Institut für Rechtsmedizin mit einem CF-U1 Toughbook, einer Art Bundespolizei-Minirechner, durchführen. Nur einen Tag später standen dann die

völlig aufgelösten Eltern in meinem Büro, um die bei ihrem verstorbenen Sohn aufgefundenen persönlichen Sachen zu übernehmen. Das war auch für mich eine nicht alltägliche Situation, die wirklich unter die Haut ging. Für mich ist es dann einfach wichtig, abschalten zu können und in meiner Freizeit einen Ausgleich zum Job zu finden.

kompakt: Herzlichen Dank für das Gespräch.

*Das Interview führte
Rüdiger Carstens.*

Polizeihauptkommissar Oliver Kurrat wohnt mit seiner Frau, seinem 15-jährigen Sohn und dem Familienhund „Aika“ in einer kleinen Gemeinde bei Lüneburg. Weit weg vom Trubel der Großstadt findet er hier gemeinsam mit seiner Familie den nötigen Abstand vom Berufsalltag. Mit seiner Frau Meryem ist er in der Freizeit sportlich sehr aktiv; unter anderem fährt er leidenschaftlich gern Motorrad.



Licht im Herzen

Wenn die schwerste Stunde des Lebens schlägt, hilft der Bundespolizei-Seelsorger Pater Gabriel, den verloren geglaubten Halt wiederzufinden.

Manche Menschen behaupten, sie hätten keine Angst vor dem Sterben. Wer beizeiten genug Licht im Herzen gesammelt hat, muss den finalen Schritt in die Dunkelheit vielleicht wirklich nicht fürchten. Den Zustand der inneren Ruhe im Angesicht des Todes zu erreichen, das Gleichgewicht des eigenen Seins und Nichtseins zu erfühlen, das unvermeidliche Vergehen des Ichs zu akzeptieren – das alles scheint zwar unheimlich schwer, doch nicht unmöglich zu sein.

Kaum jemand findet aber die Kraft, dem Tod so unerschrocken ins Gesicht zu sehen, wenn es nicht der eigene ist. Wenn die Zeit kommt, einen geliebten Menschen für immer zu verabschieden, sind oft auch die Stärksten unter uns auf einmal

schwach und ratlos. Wer seinen Ehepartner oder sein Kind verliert, schafft es nur selten, allein mit dem Schmerz fertig zu werden. Wie gut, wenn dann jemand da ist, der einen stützt, aufhängt und hilft, das Unumgängliche zu akzeptieren.

Marianne Mause ist eine starke Frau. Die 54-Jährige bezeichnet sich selbst als pragmatisch, sie gehört wohl zu denen, die ihr Dasein recht gut ausbalancieren können. – Man sieht es ihr an. Ihre Stimme ist freundlich und ruhig, wenn sie spricht, ihre Augen lächeln, während sie dem Gesprächspartner aufmerksam zuhört. Sie ist offenbar mit sich und der Welt im Reinen und zufrieden. Doch trotz aller Stärke und Ausgeglichenheit: Als ihr Mann Jürgen vor wenigen Jahren schwer erkrankt und das Ende des gemeinsamen Lebenswegs unmittel-

bar bevorsteht, scheint die Last schier unerträglich.

Jürgen Mause steht mitten im Leben, als die Diagnose „Amyotrophe Lateralsklerose“ (ALS) all seine Pläne über den Haufen wirft, die privaten wie die beruflichen. Marianne und er kosten ihr gemeinsames Glück damals gerade erst richtig aus, sie sind noch nicht sehr lange zusammen. Und dann sind da noch die außergewöhnlichen dienstlichen Umstände, die Neuorganisation der Bundespolizei. Der Polizeidirektor steht vor der Aufgabe, die Bundespolizeiinspektion Rosenheim neu aufzubauen. Aus einer bis dahin relativ kleinen, rein bahnpolizeilich geprägten Dienststelle soll eine der größten und bald erfolgreichsten Inspektionen Deutschlands werden, die den 650 Kilometer langen, grenzpolizeilich zurzeit wohl

Auch Pater Gabriel kann die Sonne nicht aufhalten, wenn sie untergeht. Doch der Seelsorger kann helfen, in der Nacht das Licht im Herzen nicht ausgehen zu lassen.

relevantesten Grenzabschnitt der Bundesrepublik überwacht. Dieser Herausforderung gerecht zu werden, zehrt an den Kräften, während die Krankheit unaufhaltsam voranschreitet.

ALS bedeutet eine schleichende, unumkehrbare Schädigung der Nervenzellen, die für die Muskelbewegungen verantwortlich sind. Die Folge sind Muskelschwund und Lähmungen. Mit der Zeit wird es immer schwieriger zu gehen, zu greifen, zu schlucken, zu sprechen und schließlich auch zu atmen. ALS ist unheilbar. Die Diagnose gleicht einem Todesurteil, das im Schnitt rund drei Jahre lang auf Raten vollstreckt wird.

Wir werden niemals erfahren, wie Jürgen Mause dies alles ertragen hat. Wie er es geschafft hat, bis zum letzten Tag mehr an andere zu denken als an sich selbst, ihnen Mut zu machen, Last abzunehmen, Hoffnung zu geben. Was wir wissen, ist, dass es Menschen gab, die ihn am Ende seines Weges begleitet und ihm geholfen haben, dem Leiden zu begegnen. Und schließlich Abschied zu nehmen.

Marianne Mause erinnert sich ganz genau, wie ihr Mann damals angefangen hat, mit ihr über die Zeit nach seinem Tod zu sprechen, zu überlegen, wie sie am besten weiterleben könnte, wenn er nicht mehr bei ihr sein würde. So selbstlos. So stark. Ihre Augen werden immer wieder feucht, als sie erzählt, wie sie darauf reagierte. Es habe sehr wehgetan, sagt sie, in die einsame Zukunft zu schauen. Aber wenn es Dinge zu regeln gab, dann sollten sie doch bei

ihm anfangen, nicht bei ihr: „Wenn du mir helfen willst, Jürgen, denk zuerst an dich.“ Schließlich haben sie über alles, was ihnen bevorstand, gesprochen – auch über die Bestattung.

Noch bevor es zu diesem Gespräch kam, hatte der Bundespolizei-Seelsorger Pater Gabriel Wolf regelmäßig den Kranken besucht. „Ich weiß zwar nicht, worüber sie geredet haben, aber Jürgen hat es jedes Mal gutgetan. Die zwei haben sich

des Grabes, die Trauerfeier und die Abschiedsrede, die der Pfarrer halten sollte, die Teilnahme der Dienstkollegen an der Beerdigung, die Musik, die Ehrenwache, die Bilder, die Kosten ... Von den vielen schweren und großen Steinen ist mir damals wenigstens einer vom Herzen gefallen. Ich konnte Jürgen nicht halten, aber zu wissen, dass die Zeremonie nach seinen Wünschen gestaltet wird, hat ihn und mich etwas getröstet.“



Jürgen und Marianne Mause – ein Bild aus noch unbeschwerten Zeiten.

Foto: Marianne Mause

immer bestens verstanden“, erinnert sich die Witwe. Pater Gabriel war es auch, in dessen Hände Jürgen Mause die Ausrichtung seiner Beerdigung legte. Frau Mause ist heute noch sehr dankbar dafür, wie ihr Mann und der Geistliche damit umgegangen sind: „Pater Gabriel hat uns aufgefangen. Er war so herzlich und einfühlsam. Mit ihm fiel es uns leichter, uns auf das Unvermeidbare gezielt vorzubereiten. Es war fast so, als ob wir uns über Alltägliches unterhalten hätten, obwohl es um Dinge ging wie die Wahl der Urne, des Friedhofs und

Als Jürgen Mause ging, hatte er zusammen mit Pater Gabriel längst alles geregelt, was es zu regeln gab – für ihn und für die, die er allein lassen musste. Die meisten, die ihn auf seinem letzten Weg begleiteten, hatten von alledem keine Ahnung. Viele Trauergäste, die vor seinem Grab standen und mit feuchten Augen in den weiß-blauen Himmel starrten, werden es aber trotzdem gespürt haben, wie friedvoll und mit welcher erhabener Ruhe sich seine Seele von dem Irdischen loslösen konnte. Mit so viel Licht im Herzen.



Als Jürgen Mause ging, hatte er zusammen mit Pater Gabriel längst alles geregelt, was es zu regeln gab. Auch seine Beerdigung.

Seelenröster, Kollege, Krisenmanager

Der Deggendorfer Pater Dr. Gabriel Wolf ist einer von 31 Seelsorgern in der Bundespolizei. Die meisten Mitarbeiter werden die Geistlichen von Weihnachtsfeiern oder berufsethischen Lehrgängen kennen. Die 14 katholischen und 17 evangelischen Pfarrer tun aber noch sehr viel mehr: Vor allem beraten und helfen sie in allen denkbaren Krisen, in die ein Mensch geraten kann. Die Glaubensfrage kann dabei eine Rolle spielen, muss aber nicht. Jeder, also auch der, der einer anderen oder keiner Konfession angehört, kann sich an die Geistlichen wenden. Ein Kollege, der anonym bleiben möchte, berichtet von „quasi maßgeschneiderter Hilfe“, die man dann erfährt:

Ich bin ein junger Bundespolizist und derzeit in Bayern eingesetzt.

Vergangenes Jahr ereilte meine Partnerin und mich ein schwerer Schicksalsschlag: Unser Kind verstarb am plötzlichen Kindstod. Dieser Verlust traf uns mit so viel Wucht, dass es uns sprichwörtlich den Boden unter den Füßen weggezogen hat. Die riesige Freude über unser Kind verwandelte sich schlagartig in unglaubliche Trauer und Verzweiflung. Von allen Seiten bekamen wir zwar Hilfe angeboten, doch nichts und niemand konnte unseren Schmerz lindern.

Ein Kollege riet mir, den Seelsorger der Bundespolizei, Pater Gabriel, anzurufen. Schon kurze Zeit nach meinem Anruf hatten wir in ihm einen kompetenten und einfühlsamen „Krisenmanager“ an unserer Seite. Pater Gabriel hat uns

Kompetenter, einfühlsamer Krisenmanager und verständnisvoller Kollege – so erleben Pater Gabriel diejenigen, die er in den schwersten Stunden ihres Lebens stützt.

nicht nur großartig mit unserer Trauer aufgefangen, sondern uns mit pragmatischer Hilfe in vielerlei Hinsicht durch die erste Zeit hindurch geholfen. Von ihm fühlte insbesondere ich mich von Anfang an besonders gut verstanden – was nicht zuletzt daran lag, dass er ein Kollege ist.

Aus heutiger Sicht ist der Verlust unseres Kindes immer noch sehr schmerzhaft, aber wir können sagen, dass wir diese Lebensprüfung bislang gemeinsam recht gut gemeistert haben und als Paar gestärkt daraus hervorgegangen sind.

Hieran hat Pater Gabriel einen wesentlichen Anteil. Deswegen kann ich jedem Kollegen nur von

Herzen raten, in einer solch schwierigen und scheinbar ausweglosen Situation den Mut zu finden, das Hilfsangebot der Seelsorge der Bundespolizei wahrzunehmen – auch wenn man noch gar keine konkrete Vorstellung davon hat, wie einem geholfen werden könnte. Jemand wie Pater Gabriel weiß über unsere Abläufe, Gewohnheiten und dienstlichen Gegebenheiten bestens Bescheid, er versteht es wie sonst kaum ein anderer, einem eine quasi maßgeschneiderte Hilfe zukommen zu lassen.

Thomas Borowik



Ordnung schafft Zeit

„Lassen Sie sich etwas einfallen!“, hieß es im September 2005 am Ende einer Dienst- und Fachaufsicht im Stab des damaligen Bundespolizeiamtes Berlin. Dieser knapp, aber sehr eindringlich formulierte Auftrag des einstigen Amtsleiters sollte zunächst viele fleißige Mitarbeiter beschäftigen, bis am Ende eine Lösung gefunden wurde, auf die heute keiner mehr verzichten möchte.

36



Welcher

Sachbearbeiter hat nicht das Bild vor Augen: mit Stehordnern vollgestopfte Aktenschränke – und das ist noch die ordentliche Variante. Oftmals stapeln sich auch die Vorgänge auf jeder zur Verfügung stehenden Freifläche im Büro, sei es auf den Schränken, neben Blumentöpfen auf den Fensterbänken oder auf den Schreibtischen.

Dies ist seinerzeit auch dem Leiter des damaligen Bundespolizeiamtes Berlin während einer Dienst-

und Fachaufsicht nicht verborgen geblieben. „So kann das nicht weitergehen!“, stellte er fest und erteilte seinem Sachgebiet „Neue Steuerung“ sogleich den Auftrag, diesen Zustand zu ändern. Das Ziel war klar: Die Aktenstapel sollten raus aus den Büros und zentral verwaltet werden, um die Sachbearbeiter vom zeitraubenden Sortieren und Archivieren ihrer Vorgänge zu entlasten.

Gesagt, getan: Mitarbeiter, die zeitlich befristet eigens für dieses Projekt abgestellt wurden, „bewaffneten“ sich

mit Schreibstiften, Klebstoff, Schere, Paketband, Einhakheftern usw. Sie registrierten die unzähligen Vorgänge aller Bereiche zunächst in einer provisorischen Datei. Im Sachbereich Öffentlichkeitsarbeit waren es allein drei mit Stehordnern prall gefüllte Aktenschränke. Nach nur einer Woche, in der Vorgänge eingegeben, Aktenzeichen zugeordnet, Etiketten geklebt und Schriftstücke archiviert worden waren, gab es leere Aktenschränke und aufgeräumte Schreibtische. Und auch die Kleiderschränke konnten wieder ihrer eigentlichen Bestimmung

entsprechend genutzt werden. Im Sachgebiet Einsatz mit etwa zwanzig Mitarbeitern nahm dieser Prozess gleich zehn Wochen in Anspruch.

Sämtliche Vorgänge lagern seitdem zentralisiert in zwei Räumen und werden von zwei Tarifbeschäftigten verwaltet. Alles, was mit Registratur und Archivierung zu tun hat, geht nun über ihren Tisch bzw. landet bei der Zentralen Registratur und Aktenhaltung (ZRA), der beauftragten Stelle für die Schriftgutverwaltung des Stabes der Bundespolizeidirektion Berlin.

Die Umstellung auf das neue System war in dieser Zeit Thema Nr. 1 in den Flurgesprächen und natürlich auch während der Büroarbeit. Begriffe wie „Vorgänge“, „Bände“ oder auch „Fristen- und Anbietekatalog“¹ hielten mehr und mehr Einzug im allgemeinen Bürosprachgebrauch. Aktenzeichen und Vorgangsnummern wurden jedem Papier akribisch zugeordnet.

Die Vorteile der Zentralen Registratur

Einzelne Dokumente bis hin zu umfassenden Vorgängen können je nach Bedarf nach einheitlichen Vorgaben registriert werden. Der Sachbearbeiter muss lediglich seinen Papiervorgang zusammenstellen und das entsprechende Aktenzeichen vergeben. Noch ein kurzer Verfügungspunkt zum weiteren Verbleib – und ab damit in die ZRA. Dort werden die Vorgänge jederzeit zugriffsbereit zentral und nach Akteneinheitsplan sortiert gelagert. Das schafft Platz und Ordnung im eigenen Büro.

Registrierte Dokumente und Vorgänge sind zudem in der webbasierten Datenbank sachbereichsübergreifend recherchierbar. Sucht man zu einem bestimmten Ereignis Unterlagen, kann man diese mittels Stichworteingabe verifizieren. Einmal



Die Tarifbeschäftigten Angela Siebert und Heiko Süßmann in ihren „heiligen Hallen“. Sie registrierten im vergangenen Jahr etwa 2 500 Vorgänge und Bände. Bereits abgelegte Vorgänge bringen sie auf Anforderung persönlich an den Schreibtisch des Mitarbeiters.

an die Registratur abgegebene Vorgänge kann man jederzeit kurzfristig zur weiteren Bearbeitung beziehungsweise zur Wiedervorlage zu einem bestimmten Termin anfordern. Angeforderte Vorgänge werden binnen weniger Minuten dem Sachbearbeiter persönlich vorgelegt. Eine mitunter zeitraubende Suche im eigenen Aktenschrank entfällt somit.

Da die Mitarbeiter der ZRA zudem die Aussonderung von Schriftgut gemäß dem Fristen- und Anbietekatalog übernehmen, sind die einzelnen Organisationseinheiten nunmehr auch von dieser Aufgabe entbunden.

Im vergangenen Jahr wurden im Stab der Bundespolizeidirektion Berlin etwa 2 500 Vorgänge und Bände angelegt. Ebenso viele wurden am Jahresende nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist vernichtet.

Mit Beginn der Neuorganisation der Bundespolizei hat auch das Bundespolizeipräsidium die Idee von einer Zentralen Registratur und Aktenhaltung aufgegriffen und nach einer

erfolgreichen Erprobung dauerhaft eingerichtet.

Aus einem Fingerzeig während einer Dienst- und Fachaufsicht entstand so nach einer – zugegebenermaßen – intensiven Aufbauarbeit und entgegen manch kritischer Stimme eine Arbeitshilfe, auf die die Mitarbeiter der Bundespolizeidirektion Berlin heute nicht mehr verzichten möchten.

Heiko Süßmann,
Frank Riedel

¹ Die Bundespolizei ist gem. § 2 Abs. 1 Bundesarchivgesetz verpflichtet, alle Unterlagen (Papierakten, elektronisch geführte Akten, Chroniken, Festschriften, Plakate, Fotos usw.), die sie nicht mehr zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen und deren Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind, dem für sie zuständigen Archiv (Bundesarchiv oder Archiv eines Bundeslandes) anzubieten. Das Archiv entscheidet, welche Unterlagen auf Dauer im Archiv aufbewahrt werden und welche Unterlagen vernichtet werden dürfen.

Technik & Logistik

FIMST BPOL

Foto: Walter Sprenz

Nicht nur Flyer und Visitenkarten

Kennen Sie die Fachinformations- und Medienstelle der Bundespolizei? Nein? Noch nie davon gehört? Dann sollten Sie die nächsten Seiten lesen und sehen, was diese Einrichtung alles leistet.

Im April letzten Jahres wurde ich zur Fachinformations- und Medienstelle der Bundespolizei (FIMST BPOL) abgeordnet und kam in eine für mich völlig unbekannte Welt. Gehört hatte ich von der FIMST zwar schon, aber was genau dort gemacht wird, das war mir überhaupt nicht klar. Schon nach kurzer Zeit wurde mir bewusst, dass ich im Grunde genommen schon meine ganze Dienstzeit ständig mit diesem Fachbereich zu tun hatte, es allerdings nicht wirklich wahrgenommen hatte.

Welcher Polizist hat nicht schon einmal etwas von der PDV 100 gehört? Einer Polizeidienstvorschrift,

die für alle Polizeien in Deutschland Gültigkeit besitzt? Inhaltliche Änderungen in dieser wie in allen anderen bundeseinheitlichen Vorschriften koordiniert die FIMST mit Sitz in Sankt Augustin für die gesamte Bundespolizei. Dafür ist sie Ansprechpartner der Vorschriftenkommission des Arbeitskreises „Innere Sicherheit“ (AK II) der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder. Die Bearbeitung von Dienstvorschriften der Bundespolizei wird ebenfalls hier koordiniert und sowohl redaktionell als auch inhaltlich kritisch begleitet.

Nachdem der Bereich Medienentwicklung eine Vorschrift in den

Händen hatte und die überarbeitete Vorschrift „druckreif“ ist, greifen weitere Bereiche in den Vorgang mit ein. In der Regel werden alle Vorschriften nur noch in elektronischer Form veröffentlicht. Muss eine Vorschrift jedoch in gedruckter Version vorliegen, springen die Hochleistungskopierer des Servicecenters an. Falls eine Vorschrift irgendwann einmal nicht mehr in Gebrauch ist, wird sie im Medienarchiv abgelegt.

Hochinteressant war die Entwicklung der ehemaligen Grenzschutzdienste (GSD) Bonn zur Fachinformations- und Medienstelle der Bundespolizei, mit der der Schritt aus

Mit Hilfe einer Gravurmaschine stellt die FIMST BPOL für die Angehörigen der Bundespolizei die dienstlichen Namensspangen her.

dem analogen Zeitalter in die digitale Gegenwart vollzogen wurde. Während früher das grundsätzliche Handwerk des Druckgewerbes mit dem Begriff „Schwarze Kunst“ umschrieben und auch in den Räumen der GSD Bonn in der Gallwitzkaserne betrieben wurde, so ist heute alles anders.

Die Digitalisierung änderte die Produktionstechnik grundlegend, ein völlig neuer Maschinenpark bestimmt heute das Innenleben des Servicecenters. Doch nicht nur in diesem Bereich hat sich einiges getan, auch der komplette Aufgabebereich musste zwangsläufig völlig umstrukturiert oder neu geschaffen werden.

Onlinedienste

Onlinemedien sind auch bei der Bundespolizei seit Langem ein fester Bestandteil der Kommunikation und Information. Die Onlinedienste der FIMST betreuen fachlich und technisch den Aufbau und die Pflege des Intranets sowie der Website www.bundespolizei.de. Auch EXTRA-POL, die gemeinsame Informations- und Kommunikationsplattform der Polizeien der Länder und des Bundes, wird hier für den Bereich der Bundespolizei durch eine Zentrale Redaktions- und Koordinierungsstelle betreut. Dabei werden Informationen aus sämtlichen Bereichen der Polizei zur Verfügung gestellt. Die Möglichkeit, in geschlossenen Benutzergruppen (CUG) zu arbeiten, erlaubt es dem Nutzer, die Kommunikation von Bundesland-übergreifenden Polizeieinsätzen zu bündeln. CUG werden auch für den Austausch von Fachinformationen zwischen den angeschlossenen Polizeien genutzt.

Medienarchiv

Im Medienarchiv stehen audiovisuelle Medien sowie Schriftgut und Bildmaterial in digitaler Form zur Verfügung. Aktuelles sowie historisches Bildmaterial und ein Printarchiv gehören zum Portfolio. Aus dem Printarchiv können auch Artikel aus den Tagen der „Schwarzen Kunst“ abgerufen werden – von „Der Grenzjäger“ über die „BGS-Zeitschrift“ bis hin zur „Bundespolizei kompakt“. Fachbücher, Mitteilungsblätter und Erlasse sind hier ebenfalls zu finden und abzurufen.

Der Zeitschrifteninhaltsdienst erstellt Fotokopien von einzelnen Artikeln aus ausgewählten Fachzeitschriften, die für die Erledigung von dienstlichen Aufgaben notwendig sind. Die FIMST kann auch Fernsehsendungen mit dienstlichem Bezug aufzeichnen, die dem jeweiligen Auftraggeber auf einem Datenträger zur Verfügung gestellt werden.

Eine Mediengestalterin der FIMST BPOL beim Layouten der Bundespolizei kompakt.



Foto: Walter Spreng

Von der Einstellung bis zur Pensionierung, Formulare Formulare.

Schnittstelle zur Öffentlichkeitsarbeit

In vielen Bereichen ist die FIMST als zentraler Servicedienstleister eine Schnittstelle für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundespolizei. Sowohl die Öffentlichkeitsarbeit nach innen – mit dem Intranet, mit Broschüren und der Bundespolizei kompakt – als auch die Darstellung nach außen – mit dem Internetauftritt der Bundespolizei und gedruckten Informationen in jeglicher Form – sind ohne die Möglichkeiten und das Personal in Sankt Augustin kaum zu leisten.

Im Interesse einer einheitlichen Darstellung der Bundespolizei nach außen und nach innen wurde im Jahr 2009 das aktuelle „Corporate Design“

entwickelt. Die hierzu notwendigen Gestaltungsrichtlinien wurden auch von der FIMST zusammengestellt und bilden heute die Grundlage für einen einheitlichen Auftritt im Bereich der Publikationen der Bundespolizei.

Digital oder analog, Datei oder Papier

Was wären wir ohne das geschriebene Wort? Wir würden uns wieder in der Steinzeit befinden! Auch Polizeieinsätze sind ohne eine vernünftige Einsatzkarte schwer möglich. Drucken können viele – einige drucken zugegebenermaßen sogar sehr gut – doch dies reicht nicht immer aus. Dank des modernen Maschinenparks können die Fachkräfte der FIMST in

40

Vorgangsbearbeitung ohne Formulare? Auch dieses Feld wird von der FIMST abgedeckt. Ob im Intranet oder im Vorgangsbearbeitungssystem Artus-Bund – jedes Formular ist in Abstimmung mit den Fachreferaten hier bearbeitet und zur Verfügung gestellt worden. In den letzten Jahren haben sich so etwa 1 500 Vordrucke im Intranet und weitere 200 Vordrucke im Artus-Bund angesammelt. Um den rechtlichen Vorgaben zu genügen und dem polizeilichen Gegenüber Maßnahmen verständlich zu machen, sind viele der Formulare in mehr als 50 Sprachen abrufbar.

Abschließende Qualitätskontrolle im Servicecenter – hier stehen die Hochleistungsdrucker der FIMST BPOL.





Foto: Walter Sprenz

Bilder werden nicht nur für die Öffentlichkeitsarbeit, sondern auch für Polizeidienstvorschriften und Fachinformationen benötigt.

Sachen Druck hohe Präzision, Qualität und vor allem Zuverlässigkeit gewähren. Von der Visitenkarte bis zum wandhohen Poster, von Einsatzunterlagen über Vordrucke, Dienststellenkarten, Flyer, Plakate und Einladungskarten bis hin zu Kalendern – das Produktportfolio ist schier unendlich groß. Und die oftmals

notwendige Laminierung der für den Einsatz angeforderten Karten wird zudem sofort im Anschluss an den Druck erledigt.

Neben Printprodukten bietet die FIMST weitere Serviceleistungen an. Dazu gehören das Gravieren verschiedener Gegenstände,

inklusive der dienstlichen Namensspangen, und das Vervielfältigen von Datenträgern.

Was kann die FIMST BPOL für Sie tun?

Auch Sie möchten ein „Produkt“ erstellen, es intern oder extern präsentieren, haben aber noch keine Vorstellung über das Wie und Was? Wenden Sie sich doch einfach an die FIMST! Sie ist ein hierarchieübergreifender Service- und Dienstleister für alle Dienststellen und Organisationseinheiten der Bundespolizei. Das Fachpersonal hilft Ihnen gerne dabei, Ihre Ideen in ein Konzept zu fassen und daraus ein ansprechendes Produkt im Corporate Design der Bundespolizei zu entwickeln.

Dirk-Ulrich Lauer

Zahlen, Daten, Fakten:

- Verwaltung von etwa 1 500 Vordrucken im Intranet und etwa 200 Vordrucken im Artus-Bund
- Koordinierung und Bearbeitung von etwa 120 Vorschriften, Leitfäden, BRAS im Intranet
- Verwaltung von mehr als 13 000 Erlassen im Erlass- und Verfügungsarchiv
- 1,1 Millionen Seitenaufrufe pro Monat im Internet
- 5 Millionen Seitenaufrufe pro Monat im Intranet
- 900 000 Seitenaufrufe in EXTRAPOL
- 40 000 Dateien im Bildarchiv
- Bearbeitung von etwa 1 500 Einzelaufträgen von Dienststellen der Bundespolizei jährlich
- 3 500 Versandstücke (ohne Briefe)
- alle zwei Tage verlassen etwa 30 Pakete die Produktion



Leserbriefe

Zum Thema „Gedenken an die Verstorbenen“

Sehr geehrte Damen und Herren, mit großem Interesse lese ich jede Ausgabe der Bundespolizei *kompakt*.

Beim Lesen der letzten Ausgabe ist mir beim Gedenken an die verstorbenen Kollegen aufgefallen, dass Sie bei der Aufzählung der verstorbenen Polizeivollzugsbeamten oder Verwaltungsbeamten die Amtsbezeichnung voranstellen. Beschäftigte, die in einem Angestellten- und Arbeitsverhältnis stehen, werden mit „Fluggastkontrollkraft“ und „Tarifbeschäftigte(r)“ angesprochen. Diese Anrede ist sehr abwertend und nicht vergleichbar mit der Anrede der Polizeivollzugs- und Verwaltungsbeamten. Polizeivollzugsbeamte und Verwaltungsbeamte müssten dann, um in gleicher Weise zu verfahren, mit „Besoldungsempfänger(in)“ angesprochen werden. [...]

Der Unterschied wird für mich so sichtbar, dass ein Mensch, der als „Tarifbeschäftigter“ oder „Kontrollkraft“ angesprochen wird, ganz klar diskriminiert wird. Er ist damit unter denen, die beim Bund beschäftigt sind, das letzte Glied in der Kette. Man will und kann auf Menschen, die in einem anderen Beschäftigungsverhältnis stehen, nicht verzichten. Warum werden sie dann herablassend angesprochen?

Kurt Juskowiak, Hamburg

Aus der Antwort der Redaktion:

Wir bedauern sehr, dass Sie die vorangestellten Bezeichnungen als diskriminierend empfinden. Das war natürlich nicht unsere Absicht! Wir sind dabei nur einem in der gesamten öffentlichen Verwaltung üblichen Vorgehen gefolgt, bei dem in schriftlichen Übersichten verbeamteten Personen die Amtsbezeichnung, Tarifbeschäftigten dagegen „TB“ oder „BUK“ vorangestellt wird.

Aus unserer Sicht haben Sie übrigens zweifellos recht mit Ihrer Meinung, dass Tarifbeschäftigte für die Bundespolizei unverzichtbare Arbeit leisten. Die *kompakt* könnte zum Beispiel ohne unsere Mediengestalterin – eine Tarifbeschäftigte – niemals in dieser Qualität erscheinen.

Fabian Hüppe

Die Bundespolizei beim 19. Deutschen Präventionstag

43

Am 12. und 13. Mai 2014 findet in Karlsruhe der 19. Deutsche Präventionstag unter dem Slogan „Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft“ statt. Auch die Bundespolizei wird sich dabei wieder mit einem eigenen Programm präsentieren.

Bei dem Deutschen Präventionstag handelt es sich um den größten europäischen Kongress für das Arbeitsgebiet der Kriminalprävention sowie angrenzender Präventionsbereiche und er bietet eine internationale Plattform zum interdisziplinären Informations- und Erfahrungsaustausch.

Seit 1995 findet der Kongress einmal im Jahr statt. Nach 2004 (Stuttgart) wird der Deutsche Präventionstag nun zum zweiten Mal in Baden-Württemberg ausgetragen. Für die Bundespolizei organisiert die Bundespolizeidirektion Stuttgart diesmal die Veranstaltung.

Neben fachspezifischen Vorträgen, Projektsports, Posterpräsentationen und einer Filmvorführung wird sich die Bundespolizei vor allem zwei Präventionsthemen widmen.

Zum einen wird am Messestand das Thema „Geocaching – Gefahren auf Bahnanlagen“ präsentiert. Die virtuelle Schatzsuche auf dem Gebiet der Bahnanlagen rückt immer wieder in den Fokus der Bundespolizei, bietet aber auch neue Präventionsmöglichkeiten.

Zum anderen informiert die Bundespolizei im Rahmen einer Sonderausstellung über ihre Zusammenarbeit mit

dem Wissenschaftler Martin Voigt (Ludwig-Maximilians-Universität München) zu dem Phänomen „Beste Freundinnen – Fotos im Gleisbett“. Martin Voigt konnte in seiner Forschungsarbeit viele Bahnunfälle auf einen „Trend“ unter jungen Frauen und Mädchen zurückführen, gemeinsam im Gleisbett für Fotos zu posieren.

Weitere Informationen, wie etwa das detaillierte Kongressprogramm, finden Sie auf der Internetseite www.praeventionstag.de.

Harald Trautmann



Poster: Deutscher Präventionstag gGmbH

19. Deutscher Präventionstag
12. & 13. Mai 2014 in Karlsruhe





Spenden für Helfer in Not:

Bundespolizei-Stiftung

Sparda-Bank West eG

IBAN: DE51 3706 0590 0000 6836 80

BIC: GENODED1SPK

Die Spenden werden ausschließlich und unmittelbar zu mildtätigen Zwecken verwendet. Die Geldzuwendungen können zweckgebunden erfolgen.

Die Bundespolizei-Stiftung ist befugt, Spendenquittungen auszustellen.

Mehr erfahren Sie unter:

www.bundespolizei.de



BUNDESPOLIZEI